

PROTOKOLL

über die 39. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 22. März 1990, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:
Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:
Hermann Leithenmayr

STADTRÄTE:
Ingrid Ehrenhuber
Rudolf PimsI
Ing. Othmar Schloßgangl
Rudolf Steinmaßl
Leopold Tatzreiter

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Josef Brandstötter
Gerhard Bremm
Roman Eichhübl
Franz Enöckl
Norbert Georgi
Walter Hahn
Karl Hochrather
Oskar Holub
Engelbert Huber
Johann Manetsgruber
Rudolf Pickl
Edith Radmoser
Franz Rohrauer
Hermann Rupprechter

Ing. Dietmar Spanring
Wilhelm Spöck
Franz Strasser
Walter Strobl
Hubert Sturmberger
Otto Treml
Anton Vorhauer
Dkfm.Mag. Helmut Zagler

VOM AMT:
Magistratsdir. OSR.
Dr. Franz Knapp
Kontrollamtsdirektor
SR. Dr. Peter Gottlieb-
Zimmermann
MR. Dr. Kurt Schmidl
Dir.TOAR.Ing.Wolfgang Wein
Dir. OAR. Helmut Riedler
OAR Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:
Präsidialdirektor MR.
Dr. Gerhard Alphasamer
Gerda Gugenberger

Tagesordnung

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

Ha-319/90	Steyrer Volksbühne - 25jähriges Jubiläum, außerordentliche Subvention.
Ha-7831/89	Pfarre St. Anna, "Arbeitskreis Mission und 3. Welt"; außerordentliche Subvention.
Bau2-5800/81	Stornierungsvertrag Robert Haberfellner betreffend Grundstück 623/17, KG Gleink, neuerliche Mittelfreigabe.

Verhandlungsgegenstände:

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) Präs-1020/89 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Vizebürgermeister a. D. Leopold Wippersberger.
- 2) Präs-1019/89 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Stadtrat i. R. Hans Zöchling.
- 3) Ha-5334/89 Wirtschaftshilfe für Studenten in der Steiermark; Ankauf von Heimplätzen.
- 4) Bau2-6446/86 FAZAT Steyr; Vorentwurf und Entwurf über den Umbau der ehemaligen Werkstätten und des ehemaligen Bürotraktes der Hack-Werke; Honorarforderung Arch. Falkner.
- 5) FW-330/89 Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr - 2. Rate.

- 6) FW-616/90 Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr, Sier-
ninger Straße 53; Ausstattung des Feuerwehr-
Sitzungszimmers; Subvention.
- 7) Bau2-6446/86 FAZAT; Entsorgung von ölverseuchtem Material
aus dem Hack-Areal; Subvention.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHEIMAYR:

- 8) ÖAG-5129/88 Brüder Eckelt & Co, Glastechnik GesmbH,
Resthofstraße 18, 4400 Steyr;
Gewerbeförderung.
- 9) Präs-31/83 Verkehrsbetrieb der Stadtwerke; Zuerkennung
ÖAG-4002/86 einer Grundleistung.
- 10) Ge-4362/88 Gewährung eines verlorenen Zuschusses in Höhe
von S 250.000,- an die Fa. SLR-Gußwerk II
Betriebs-GesmbH.
- 11) Präs-676/89 Bestellung und Zusammensetzung der Diszipli-
naroberkommission.
- 12) Buch-7700/89 Ausgleich des ordentlichen und des
außerordentlichen Haushaltes 1989 durch
Entnahmen bzw. Zuführungen von Rücklagen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

- 13) Ha-451/90 Fremdenverkehrsverband Steyr; Jahressubven-
tion 1990.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

- 14) Bau5-4177/86 ZAH Steyr; Erneuerung Küche; Mittelfreigabe.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

- 15) Vet-3861/87 Verordnung über ein Verbot der Mitnahme von
Hunden auf bestimmten Plätzen sowie Leinen-
und Beißkorbzwang im Stadtgebiet von Steyr -
Abänderung.
- 16) GemVIII-3922/89 Mülldeponie der Stadt Steyr; Änderung der
Tarifordnung - Einführung eines Spalttarifes.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

- 28) GHJ2-1744/87 Bauvorhaben Steyr, Wehrgraben - "Josefsthal"
- Finanzierungszuschuß.
- 29) Bau5-7503/89 Adaptierung Gesundheitsamt - Vergabe diver-
ser Arbeiten; Mittelfreigabe.
- 30) ÖAG-6091/81 Verkauf eines Teilstückes der Parzelle 1967,
KG. Steyr, öffentliches Gut, an die Ehegatten
Albert und Hannelore Burgstaller, Steyr,
Feldstraße 8.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich eröffne die heutige Sitzung. Ich darf feststellen, daß die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und ersuche die Kollegen Gemeinderat Bachner und Oskar Holub um Übernahme der Protokollprüfung für die heutige Sitzung. Entschuldigt für die heutige Sitzung haben sich Herr Vizebürgermeister Karl Holub, Herr Stadtrat Erich Sablik und die Gemeinderäte Herbert Lang, Wolfgang Wieser, Frau Gemeinderat Christine Wieser und Herr Gemeinderat Wallner. Ich darf feststellen, daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Behandlung von allfälligen Anfragen, liegt mir namens der GAL eine von Herrn Gemeinderat Oskar Holub rechtzeitig und ordnungsgemäß eingebrachte Anfrage folgenden Inhaltes vor:
"GAL Steyr; Anfragen an den Bürgermeister! Steyr nimmt im Bereich der Sammlung von wiederverwertbaren Altmaterialien im nationalen Vergleich eine sehr gute Position ein. Trotzdem oder gerade deshalb gibt es in letzter Zeit immer wieder Unklarheiten über den in Steyr getrennt gesammelten Müll im Hinblick auf seine Wiederverwertung bzw. Entsorgung.

1) Was passiert konkret mit folgenden, getrennt gesammelten Müllfraktionen: Papier, Pappe, Alttextilien, Glas, Batterien, Problemmüll, Kunststoff, Folien, Aluminium, Blech?
Welche Entsorgungswege werden beschritten bzw. WO/WIE erfolgt eine allfällige Wiederverwertung?

2) Worin liegen die Gründe, daß die Stadt Steyr in einem nur sehr begrenzten Ausmaß mit dem landeseigenen Landesabfallverwertungsunternehmen (LAVU) zusammenarbeitet und in der Ab-

fallverwertung eher eigene Wege geht?

Wie sieht die Zusammenarbeit mit dem LAVU zur Zeit aus und welche Art der Kooperation ist geplant?

3) In welchen Gebäuden der Stadt Steyr wurden asbesthaltige Baumaterialien (z. B. Spritzasbest und dgl.) im Innenbereich verwendet? Sollten derartige Fälle gegeben sein, welche Maßnahmen gedenkt die Stadt Steyr im Hinblick auf eine mögliche Gesundheitsgefährdung zu setzen?

Grüne Alternative Liste Steyr
Oscar Holub."

Soweit der Inhalt dieser Anfrage, die ich statutengemäß zur Kenntnis gebracht habe. Ich darf zu diesen drei angeführten Punkten wie folgt antworten.

In der Beantwortung der Anfrage vom 15. März 1990 möchte ich folgendes mitteilen:

zu 1) Aufgrund des mit Beschluß des Gemeinderates vom 18. 9. 1986 festgelegten Systementsorgungskonzeptes für Altstoffe und Problemstoffe wurden flächendeckend im Stadtgebiet 68 Sammelstellen für Glas (weiß, grün, braun) und Altmetalle, 268 Sammelstellen für Papier und Pappe sowie 160 Sammelstellen für Altbatterien hergestellt. Dazu wurden 25 Sammelcontainer für Kunststoffe, besonders bei Schulen, Kindergärten und Großkaufhäusern installiert. Die Problemstoffsammlung wird an jedem 1. Samstag im Monat an 6 Stellen in Steyr durchgeführt. Dabei besteht die Möglichkeit, neben den Problemstoffen auch Kunststoffe unsortiert abzugeben. Die Container für Papier und Pappe, Glas und Altmetalle werden turnusmäßig von der Firma Bittner entsorgt, welche in der Folge auch die Weiterverwertung durch Verkauf an die entsprechenden Industriebetriebe übernimmt.

Die Batteriesammelstellen und Container werden nach Bedarf entsorgt. Die Batterien werden bei der Firma Bittner gelagert, weil lediglich die Entsorgung durch Lagerung im Ausland derzeit möglich ist. Nach Auskunft der VÖEST Betriebsanlagenbau-Gesellschaft mbH wird nach wie vor an einer Recycling-Anlage für Haushaltsbatterien gearbeitet. Es scheint daher zielführender, auf eine solche Entsorgungsmöglichkeit zu warten als durch einen Mülltourismus die Altbatterien ins Ausland zu verlagern.

Kunststoffe, die in den Sammelcontainern abgelagert werden und Kunststoffe, die an den Sammeltagen mit dem Problemmüll abgegeben werden, werden von der Firma Bittner eingesammelt und sortiert, wobei derzeit Folien (Säcke) verwertet werden können. Es gibt in Wildon, Steiermark, und in Italien Firmen, die eine Verwertung durchführen. Hartplastik wird derzeit gelagert, bis die Möglichkeit der Wiederverwertung gegeben ist. Derzeit ist eine Betriebsanlage im Entstehen, welche in der Lage ist, diese Stoffe zu verarbeiten. Der zuständige Bedienstete der LAVU, Herr Schirz, hat fernmündlich bestätigt, daß auch von Seiten der LAVU der gesammelte Kunststoff gelagert wird, bis das in Rede stehende Werk in Betrieb geht.

Alttextilien werden in Zusammenarbeit mit der LAVU in Form einer zweimal jährlich durchgeführten Haussammlung abgeholt. Der Container für Alttextilien der beim Roten Kreuz aufgestellt war, mußte aus Platzgründen entfernt werden. Aus den Problemstoffen, welche an den Sammeltagen abgegeben werden, werden das Altspeisefett,

aber auch die Batterien und Haushaltsbatterien aussortiert. Die Altspeisefette werden von der Firma Holzinger, Asten, zur Weiterverwertung abgeholt. Die Batterien werden, wie bereits vorher berichtet, gelagert, wobei die Rückgabe der Autobatterien an die Herstellerfirmen bereits möglich ist. Die dann verbleibenden Problemstoffe werden ordnungsgemäß zur EBS nach Simmering verbracht, wobei entsprechend dem Sonderabfallgesetz die Begleitscheine vorliegen.

zu 2) Das eingangs zitierte Systementsorgungskonzept wurde vom Gemeinderat der Stadt Steyr zu einem Zeitpunkt beschlossen, als die LAVU noch nicht bestand und ist in seiner Spezifikation auf die Müllzusammensetzung, die in Steyr anfällt, ausgerichtet. Zusammen mit der LAVU wird die Textilsammlung und die Entsorgung von Leuchtstoffröhren durchgeführt. Über die eventuelle Entsorgung und Verbringung der Haushaltsbatterien wurden bereits Gespräche geführt. Über eine weitere Zusammenarbeit kann zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage getätigt werden.

Zum letzten Punkt der Anfrage: Im Innenbereich von städtischen Gebäuden und GWG-Objekten kam Spritzasbest nicht zur Verwendung.

Soweit die Beantwortung dieser Anfrage. Ich darf Sie fragen, Herr Gemeinderat, ob Sie eine Zusatzfrage haben?

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Kann Asbest auch in einer anderen Form zum Einsatz kommen?

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Es ist so, daß generell der Baustoff Eternit gegenwärtig nach wie vor Verwendung findet. Es ist aber über diesen Baustoff noch kein gesetzliches

Verbot ausgesprochen, daher sehen wir uns auch nicht veranlaßt, hier eine Nicht-Verwendung anzuordnen.

Ich darf zu dieser Anfrage doch auch noch einiges sagen und möchte darauf hinweisen, daß in den letzten Tagen eine sogenannte "Grüne Bürger-Zeitung", wieder an die Haushalte ergangen ist und ich darf die Bitte an die Redaktion aussprechen, obwohl es sich um den Inhalt eines Leserbriefes handelt, daß Äußerungen, die auch in Leserbriefen zum Ausdruck kommen, die eine Verunglimpfung aller Mitglieder des Gemeinderates beinhalten, künftighin vermieden werden mögen. Ich darf nur zitieren einen Absatz:

"So lange in Steyr Politiker ohne wirtschaftlicher Ausbildung und menschlicher Größe an der Führung sind, so lange Eitelkeit und Profilierungsstreben vorherrschen, so lange wird die Stadt Steyr nicht mehr sein als ein miserabel geführtes und zu stark aufgeblähtes Unternehmen. Persönliche Verantwortlichkeit der zuständigen Politiker wird es wohl nie geben." Ich darf bitten, daß solche Briefe doch vor Veröffentlichung geprüft werden. Wir müssen uns gegen solche Äußerungen verwehren. Im übrigen würde es mich freuen, wenn auch seitens der Grün-Alternativen-Liste künftighin ein bißchen Anregungen kommen würden, wie die Entsorgung durchgeführt wird. Nicht nur immer Hinweise, daß die Entsorgung dort und dort nicht durchgeführt werden darf, weil das und das eintritt. Aber es ist bitte sehr noch nie ein Alternativ-Vorschlag über die Wiederentsorgung vorgetragen worden. Das ist unser Problem. Daß es Probleme gibt, das wissen wir alle selber. Wir sind dankbar dafür, kennen aber diese Probleme und es ist von

Ihrer Seite noch nie ein Hinweis gekommen, in welcher Form die Entsorgung und dieses Problem in der Zukunft zu lösen sein wird.

Das darf ich zu dieser Anfrage sagen und ich bitte um Kenntnisnahme.

Damit kommen wir zum nächsten Punkt, zu den Mitteilungen des Bürgermeisters. Hier darf ich zunächst wieder über die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage eine Mitteilung machen. Aus dem letzten Bericht des Arbeitsamtes Steyr ergibt sich für Februar 1990 folgendes Bild:

Im abgelaufenen Berichtszeitraum änderte sich nichts an der konjunkturellen Situation im Amtsbezirk. Die Auslastung der Wirtschaft ist nach wie vor der Hochkonjunktur entsprechend. Da sich jedoch die gute Auslastung derzeit nicht in Form von zusätzlichen Arbeitsplätzen in der Metallindustrie äußert, führt die gute Beschäftigungslage nicht zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit. Die recht beachtliche Arbeitskräftenachfrage im Bezirk bezieht sich nämlich auf Arbeitsplätze in Betrieben und Branchen außerhalb der Großbetriebe der Metallindustrie, die meist weniger attraktiv sind. Es wird daher immer wieder auf ausländische Arbeitskräfte zurückgegriffen, die auch mit diesen Arbeitsplätzen zufrieden sind. Ende Februar 1990 waren im Amtsbezirk 2.499 Personen (1.298 Männer, 1.201 Frauen) arbeitslos vorgemerkt. Es sind das um 41 Arbeitslose weniger als im Vormonat und 59 mehr als im Vorjahr. Die Veränderungen sind also ziemlich gering. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen betrug zu Monatsende 548. Das bedeutet eine Zunahme sowohl im Monats- (+ 5,2 Prozent) als auch im Jahresvergleich (+ 25,7

Prozent). Der Schwerpunkt der jüngsten Zunahme lag im Bereich der Bauberufe.

Die Lehrstellensituation wird bei den Burschen als recht günstig bezeichnet, bei den Mädchen hingegen bestehen Vermittlungsschwierigkeiten.

Nun eine kurze Mitteilung zu unserer Vorstellung über die Bundes- und Landes-Regionalförderung. Hier darf ich mitteilen, daß Dr. Vranitzky mein Schreiben vom 6. 11. 1989 am 14. 3. 1990 beantwortet hat und mir mitgeteilt hat, daß die Bund- und Regionalförderung in verbesserter und einheitlicher Form ab 1990 weitergeführt werden soll. Der für die industriell-gewerbliche Regionalförderung zuständige Bundesminister Dr. Streicher hat bereits im Herbst entsprechende Vorschläge den betroffenen Ländern übermittelt. Eine endgültige Entscheidung über die neue Regionalförderung ist demnächst zu erwarten. Auch die Förderungsgebiete für industriell-gewerbliche Regionalförderungen sollen vereinheitlicht werden. Ein diesbezüglicher Abgrenzungsvorschlag wurde bereits ausgearbeitet und soll in Kürze im Rahmen der Österreichischen Raumordnungskonferenz beschlossen werden. Die Region Steyr (Stadt und Umlandbezirk) ist auf Verlangen des Bundes in dieser Abgrenzung der Regionalförderungsgebiete enthalten. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, am Montag, 12. März, besichtigten die Mitglieder des Stadtsenates und die Fraktionsobmänner aufgrund einer Einladung von Generaldirektor Dipl. Ing. Lochte den Stammbetrieb der Fa. MAN in München. Im Zuge der Besichtigung war zu erfahren, daß täglich 86 Lkw vom Band laufen. Die Besucher konnten sich an Ort und Stelle von der techno-

logisch hochstehenden Produktionsweise überzeugen. Dies gibt uns Anlaß zur Hoffnung, daß auch in Steyr die Fa. SNF, die über eine unerwartet gute Auftragslage verfügt, eine positive Entwicklung nehmen wird. Mit umfangreichen Bau- und Investitionsmaßnahmen wird demnächst begonnen. Anlässlich der morgen in Steyr stattfindenden Aufsichtsratssitzung wird die Möglichkeit einer neuerlichen Kontaktnahme mit den Managern von MAN gegeben sein.

Soweit meine Mitteilungen. Ich darf Sie bitten, diese zur Kenntnis zu nehmen. Wir kommen damit zu Punkt 4) und hier darf ich, so wie immer, mitteilen, daß die Unterlagen zu den jeweiligen Stadtsenatsitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder gestellt wurden. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt der Gemeinderatseinladung bei.

Wir kommen damit bereits zu den Verhandlungsgegenständen und ich ersuche Kollegen Leithenmayr um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile unserem Bürgermeister das Wort.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, die beiden ersten Anträge betreffen die Verleihung des Ehrenringes an Herrn Vizebürgermeister a. D. Leopold Wippersberger und an Herrn Stadtrat a. D. Hans Zöchling. Ich glaube, ich kann mir ersparen, hier die Verdienste dieser beiden langjährig im Gemeinderat, Stadtsenat und im Präsidium tätigen Mitarbeiter zu würdigen und darf darauf hinweisen, daß der Stadtsenat ein-

stimmig die Beschlußfassung zur Verleihung der Ehrenringe an diese beiden Persönlichkeiten beschlossen hat und darf Ihnen empfehlen bzw. darf Sie bitten, dieser Auszeichnung in beiden Fällen die Zustimmung zu geben.

- 1) Präs-1020/89
Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an
Vizebürgermeister a. D.
Leopold Wippersberger.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr wird Herr Vizebürgermeister a. D. Leopold Wippersberger in Anerkennung seines langen verdienstvollen Wirkens für die Stadt Steyr ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Ehrenringträger der Stadt Steyr soll wie folgt lauten:

"Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seiner Verdienste um die demokratische Zusammenarbeit als langjähriger Mandatar und Vizebürgermeister im Gemeinderat der Stadt Steyr sowie in Anerkennung der geleisteten Arbeit um den Ausbau und eine gedeihliche Entwicklung der Stadt."

- 2) Präs-1019/89
Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Stadtrat i. R. Hans Zöchling.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr wird Herrn Stadtrat a. D. Hans Zöchling in Anerkennung seines langjährigen verdienstvollen Wirkens für die Stadt Steyr durch die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Ehrenringträger der Stadt Steyr

soll wie folgt lauten:

"Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seiner Verdienste als langjähriger Mandatar sowie als Stadtrat der Stadt, im besonderen aufgrund seiner langjährigen aktiven Mitgestaltung der Stadt und der demokratischen Zusammenarbeit im Gemeinderat der Stadt Steyr."

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Ich darf fragen, ob jemand das Wort wünscht? Das ist nicht der Fall. Ich darf fragen, wer den Anträgen zustimmt, der möge als Zeichen der Zustimmung die Hand heben? Danke sehr. Erhebt sich eine Gegenstimme? Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall, daher einstimmig so beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich darf dazu ergänzend mitteilen, daß der Zeitpunkt der Überreichung dieser Ehrung noch festzulegen ist in Abstimmung mit den beiden Geehrten. Kollege Wippersberger befindet sich derzeit auf Urlaub. Es ist selbstverständlich der gesamte Gemeinderat zu dieser Ehrung eingeladen, die Einladung wird schriftlich ergehen.

Im nächsten Antrag darf ich Sie bitten um die Zustimmung für die Ausgabe von S 200.000,- für die Unterstützung von Heimplätzen in der Steiermark. Ich darf Sie bitten, diesen Betrag zu beschließen, wir haben damit die Möglichkeit, zwei Steyrer Studenten künftighin in Graz unterzubringen.

- 3) Ha-5334/89
Wirtschaftshilfe für
Studenten in der
Steiermark; Ankauf von
Heimplätzen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 16. Jänner 1990 wird im Zusammenhang mit dem Erwerb eines Einweisungsrechtes für zwei Heimplätze im Studentenwohnhaus, 8020 Graz, Wiener Straße 58 a, ab dem Wintersemester 1991/92 auf die Dauer von 15 Jahren, der Kontingentvertrag zwischen der Stadt Steyr und der WIST Steiermark genehmigt und der Vergabe einer außerordentlichen Subvention in Höhe von S 200.000,- (S 100.000,- pro Heimplatz) zugestimmt. Die Ausbezahlung des Betrages hat bis längstens 30. 9. 1990 zu erfolgen.

Zum genannten Zweck werden Mittel in Höhe von S 200.000,- bei der VA-Stelle 1/2890/757000.5 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ich darf fragen, ob es dazu eine Wortmeldung gibt? Das ist nicht der Fall. Wenn Sie mit dem Antrag einverstanden sind, so bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Im nächsten Antrag darf ich Sie bitten, einer Subvention im Ausmaß von S 400.000,- die Zustimmung zu geben. Der entsprechende Antrag lautet:

- 4) Bau2-6446/86
FAZAT Steyr; Vorentwurf
und Entwurf über den
Umbau des
ehemaligen Bürotraktes
der Hack-Werke;
Honorarforderung Arch.
Falkner.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 8. 2.

1990 wird dem Verein FAZAT, Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik, Steyr, Pachergasse 2, im Zusammenhang mit der Erstellung des Entwurfes und Vorentwurfes über den Umbau der ehemaligen Werkstätten und des ehemaligen Bürotraktes der Hack-Werke eine zweckgebundene Subvention in Höhe von S 400.000,- zur Begleichung einer offenen Honorarforderung des Herrn Arch. Rupert Falkner für erbrachte Planungsleistungen gewährt.

Nach Auszahlung dieses Subventionsbetrages, der als eingebrachte Leistung der Stadt Steyr als Vereinsmitglied in den Vereinen FAZAT anzusehen ist, ist unverzüglich beim Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten um Refundierung dieses Betrages anzusuchen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 400.000,-

(vierhunderttausend)

werden bei VSt 5/2890/777000.2 freigegeben.

Ich darf darauf hinweisen, daß damit zu rechnen ist, daß dieser gesamte Betrag seitens des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten an die Stadt wieder refundiert wird. Das war das Ergebnis dieser Verhandlungen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Dieser Antrag steht zur Diskussion. Wünscht jemand das Wort? Kollege Oskar Holub bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Ich möchte sagen, grundsätzlich stimmen wir dem zu, nur würden wir uns vorstellen, daß erst der Gesaltungsbeirat eingeschaltet wird.

Auch in Beziehung auf andere Projekte, die derzeit laufen, wie z. B. Josefsthäl etc. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEIT-
THENMAYR:

Ich danke für diese Wortmel-
dung. Herr Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Darf ich zu dieser Problematik
sagen, daß wir die Einschaltung
des Gestaltungsbeirates, der ja
beschlossen wurde, in den näch-
sten Monaten vorhaben und eine
Einladung hinausgeben wollen,
daß wir in den zuständigen Gre-
mien darüber entscheiden wer-
den, welche Projekte der Ge-
staltungsbeirat zu begutachten
haben wird. Es wird sicher
nicht so sein, das darf ich
auch sagen, daß der Gestal-
tungsbeirat in Steyr mit jedem
Bauprojekt beschäftigt wird.
Als Beispiel darf ich sagen,
daß es auch in Linz diesen Ge-
staltungsbeirat gibt und dort
in etwa 1.000 Entscheidungen im
Jahr im Bauausschuß über Bauak-
ten getroffen werden und daß
mit etwa 40 Fällen der Gestal-
tungsbeirat befaßt wird. In ei-
nem ähnlichen Verhältnis - ich
möchte mich nicht ganz genau
festlegen - dürfte sich auch
bei uns die Situation ergeben,
weil nicht jedes Objekt ge-
eignet ist dazu, den Gestal-
tungsbeirat einzuschalten. Es
ist ja letztlich auch eine Ko-
stenfrage.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Ich danke für diese Beantwor-
tung. Es liegt mir keine wei-
tere Wortmeldung vor und ich
lasse über den Antrag abstim-
men. Wer damit einverstanden
ist, gebe mit der Hand ein Zei-
chen der Zustimmung? Danke
sehr. Gegenprobe? Stimmenthal-

tung? Ebenfalls einstimmig an-
genommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Im nächsten Antrag geht es
darum, eine zweite Rate für den
Ankauf eines Tanklöschfahrzeu-
ges für die Freiwillige Feuer-
wehr der Stadt Steyr zu bewil-
ligen.

Der Antrag des Stadtsenates an
den Gemeinderat lautet:

5) FW-330/89

Ankauf eines Tanklöschfahr-
zeuges für die Freiwillige
Feuerwehr der Stadt Steyr -
2. Rate.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Mit Gemeinderatsbeschuß vom
18. 5. 1989 wurde dem Ankauf
eines Tanklöschfahrzeuges für
die Freiwillige Feuerwehr der
Stadt Steyr bei den Firmen
Schmid, Steyr und Rosenbauer,
Leonding, zum Preise von S
2,804.746,80 i. M. zugestimmt
und wurde für das Rechnungsjahr
1989 hiefür ein Betrag von S
1,500.000,- freigegeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der
MA VI vom 29. 1. 1990 wird nun-
mehr aufgrund der bestehenden
Liefer- und Zahlungsbedingungen
der Freigabe des Restbetrages
zum Ankauf des Tanklöschfahr-
zeuges in Höhe von S
1,305.000,- zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mit-
tel in Höhe von

S 1,305.000,-

(Schilling eine Million drei-
hundertfünftausend)

bei der VA-Stelle

5/1630/040010.3 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Ich darf fragen, ob jemand das
dazu das Wort wünscht zu diesem
Antrag? Das ist nicht der Fall.
Ich lasse darüber abstimmen.
Wer sich zustimmend äußert,
möchte ein Zeichen mit der

Hand geben? Danke vielmals. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Ebenfalls einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ: Auch im nächsten Antrag geht es darum, die Ausstattung der Freiwilligen Feuerwehr zu verbessern. Das Kommando der Freiwilligen Feuerwehr hat am 17. 1. 1990 an die Stadt das Ersuchen gerichtet um Gewährung einer außerordentlichen Subvention zur Renovierung des Feuerwehr-Sitzungszimmers in der Sierninger Straße. Dazu ist zu bemerken, daß die Arbeiten durchwegs, und zwar die Montagetarbeiten, von den Feuerwehrkameraden in Eigenregie durchgeführt werden ohne Kostenaufwand. Der entsprechende Antrag lautet:

6) FW-616/90

Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr, Sierninger Straße 53; Ausstattung des Feuerwehr-Sitzungszimmers; Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 5. 2. 1990 wird dem Kommando der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr für die Ausstattung des Feuerwehr-Sitzungszimmers eine einmalige außerordentliche Subvention in der Höhe von S 180.000,- gewährt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 180.000,-

(einhundertachtzigtausend)

bei der VA-Stelle 1630/774000.6 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Ich darf fragen, wer zu diesem Antrag das Wort wünscht? Auch nicht der Fall. Ich lasse darüber abstimmen, wer damit einverstanden ist, den ersuche ich, ein Zeichen der Zustimmung zu geben? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig so beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ: Im nächsten Antrag geht es darum, die Kosten für die Entsorgung von ölverseuchtem Material aus dem Hack-Areal zu decken. Dazu möchte ich sagen, daß im Herbst des Jahres 1989 im Zuge von Umbauarbeiten am Hack-Areal sich herausgestellt hat, daß größere Mengen ölverseuchten Materials, das sich in den Hack-Werken angesammelt hat aufgrund der jahrhundertelangen Tätigkeit in diesen Hallen im Grundbereich, daß bei Bekanntwerden wir sofort von der zuständigen Firma verständigt wurden und selbstverständlich die Stadt hier eingegriffen hat und die Entsorgung angeordnet hat. Dieses Material wurde ordnungsgemäß nach Simmering entsorgt. Es handelt sich insgesamt um 260 Tonnen Sonderabfall. Die Last des Abtransportes dieses Sondermülls wäre auch bei anderer Verwertung des Hack-Areals der Stadt zugefallen und wir haben es deswegen als unsere Verpflichtung aufgefaßt, diese Kosten selbstverständlich, nachdem die Stadt Besitzer dieses Areales ist, zu tragen. Ich darf sagen, daß diese Arbeiten bereits im Jahre 1989 erledigt wurden. Es ist allerdings nicht auszuschließen, daß bei den weiteren Bauarbeiten in diesem Areal diese Problematik neuerlich auftritt. Das wird sich im Zuge der Bauarbeiten herausstellen.

Der Antrag lautet:

7) Bau2-6446/86

FAZAT; Entsorgung von ölver-
seuchtem Material aus dem
Hack-Areal; Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes der
Magistratsdirektion vom 12. 3.
1990 wird dem Verein FAZAT als
Refundierung der vom Verein FA-
ZAT übernommenen Entsorgungsko-
sten von angefallenem ölver-
seuchtem Material aus den Hack-
Werken eine Subvention in Höhe
von S 700.000,- gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mit-
tel im Ausmaß von

S 700.000,-

werden bei VSt 5/2890/777000.2
freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Ich danke für die Berichter-
stattung und frage, ob jemand
das Wort wünscht? Das ist nicht
der Fall, ich lasse daher dar-
über abstimmen. Ich darf fra-
gen, wer sich zustimmend äu-
ßert, der möge ein Zeichen mit
der Hand geben? Danke vielmals.
Gegenprobe? Stimmenthaltung?
Auch dieser Antrag ist einstim-
mig angenommen.

Ich gebe den Vorsitz an den
Herrn Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich ersuche gleich Kollege
Leithenmayr um seine Berichte.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Meine Damen und Herren des Ge-
meinderates!

In meinem ersten Antrag geht es
um Mittelfreimachung aus der
Gewerbeförderung. Die Fa.Eckelt
& Co. Glastechnik GesmbH hat
ein Grundstück angekauft, um
ihren Betrieb expandieren zu
können. Es ist geplant, daß
dort zusätzliche 50 Mitarbeiter

beschäftigt werden können. Der
Antrag des Stadtsenates lautet:

8) ÖAG-5129/88

Brüder Eckelt & Co, Glas-
technik GesmbH, Resthofstra-
ße 18, 4400 Steyr, Gewerbe-
förderung.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes der
Magistratsabteilung II vom 23.
Jänner 1990 wird der Brüder
Eckelt & Co, Glastechnik
GesmbH, 4400 Steyr, Rest-
straße 18, zu den für den
Ankauf eines Grundstückes
aufgenommenen Krediten in Höhe
von S 2,783.000,- eine Ge-
werbeförderung in Form eines
Zinsenzuschusses in Höhe von 25
Prozent der anfallenden Zinsen
gewährt.

Zum genannten Zweck wird für
das Finanzjahr 1990 eine Kre-
ditüberschreitung von S
60.000,- bei der VA-Stelle
5/7820/756000.9 bewilligt.

Ich bitte Sie, dem Antrag zuzu-
stimmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht jemand dazu das Wort?
Kollege Zagler bitte.

GEMEINDERAT DKFM. MAG. HELMUT
ZAGLER:

Geschätzte Herren Bürgermei-
ster, wertere Mitglieder des Ge-
meinderates!

Der vorliegende Akt zur Wirt-
schaftsförderung veranlaßt mich
zu einer persönlich besonders
freudigen Feststellung. Nachdem
hier im Gremium auch bekannt
ist, daß ich seit Jahren einer
Zinsunterstützung bei Wirt-
schaftsförderungen das Wort
rede, ist es nun Gott sein Dank
so weit. Es hat auch zwischen-
zeitlich eine Empfehlung des
Prüfungsausschusses gegeben und
die Maßnahmen können sich sehen
lassen, wenn man schaut, was

eigentlich mit relativ geringen Wirtschaftsförderungsmitteln an Investitionsmitteln aufgebracht werden kann. Es wird ein Grundstück erworben mit 2.500 m², es wird dort eine Betriebsstätte mit 1.100 m² errichtet mit enormen Investitionsbeträgen und es werden letztlich auch Dauerarbeitsplätze errichtet werden, geschätzt mit 50 an der Zahl. Wenn man den Amtsbericht anschaut, dann klingt diese Förderung, auf die nächsten 12 Jahre verteilt, von 450.000 bis 500.000 Schilling auch erheblich groß. Aber klarerweise ist das häufig und so muß die Stadtgemeinde auch rechnen, nachdem sie ihre Defizite auf dem Kreditmarkt finanzieren muß, mit einem Zinssatz kalkulieren und so diese Beträge, die erst in 12 Jahren fällig sind, auch einer entsprechenden Abzinsung unterwerfen, so daß der tatsächliche Betrag also erheblich geringer sein wird. Diese Form der Förderung sollte auch ein Signal sein für andere Unternehmer - nicht unbedingt nur österreichische, auch internationale Unternehmen, hier eine Ansiedlung oder einen Ausbau ihrer Betriebsstätten in Steyr vorzunehmen. Ich hoffe, daß dieses Signal auch entsprechend weitertransportiert wird. Was auch erfreulich ist bei einer solchen Art der Förderung, daß die Kreditprüfung und damit die Frage der Kreditrisiken abgewälzt werden von der Stadt weg hin zur Kreditwirtschaft, die dafür ausersehen ist, das ist auch nicht zu unterschätzen. Es ist nur in den letzten Jahren das eine oder andere Mal ein Zuschußbetrag beschlossen worden, der dann letztendlich abzubuchen ist. Hier würde eine Abbuchung die Banken treffen. Die Banken trifft es aber selten, weil sie bei der Auswahl der Förderungswürdigen natür-

lich anders vorgehen.

So gesehen noch einmal, von meiner Warte aus eine klare Zusage. Weil sich auch Kollege Tremml dazu gemeldet hat, ich weiß schon, was da kommen wird, die internationalen Sachen. Aber hier ist es so, wir dürfen uns nicht scheuen, internationale Arbeitgeber in Steyr zu haben. Auch Österreich betreibt in den letzten Jahren verstärkt eine Politik, mit der Wirtschaft ins Ausland zu gehen. Das heißt, daß nicht nur die Konzerne nach Österreich kommen, sondern auch wir ins Ausland gehen und so eine Internationalisierung angestrebt wird. Letztendlich macht das auch der ehemalige Ostblock. Ich brauche nur einige Schlagworte zu sagen, VW und DDR und damit ist, glaube ich, das auch beantwortet, was Du jetzt sagen wirst. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke Kollegen Zagler. Kollege Tremml ist der Nächste.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Es ist sehr erfreulich, daß Kollege Zagler im vorhinein schon weiß, was ich hier zum Ausdruck bringe und er eigentlich meinen Diskussionsbeitrag mit seinen paar Sätzen schon beantwortet hat.
Ich glaube, für mich ist das keine freudige Maßnahme, wie das Kollege Zagler hier zum Ausdruck gebracht hat. Das hat auch sehr wenig mit der Internationalisierung der Wirtschaft zu tun. Wenn man dann gleichzeitig die Veränderungen in den osteuropäischen Ländern damit verknüpft, dann ist irgend etwas nicht ganz richtig in der Argumentation.
Ich möchte mich daher doch mit dieser Frage, im Sinne meiner

Stellungnahme bereits im Finanz- und Rechtsausschuß, hier im Plenum beschäftigen. Sie wissen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß der größte Teil der Geschäftsanteile der Fa. Eckelt bereits am 1. Jänner 1989 einem französischen Konzern mit Sitz in Paris verkauft wurde. Nun hat diese Glastechnik-GesmbH für eine eventuelle Betriebserweiterung - ich betone eventuelle - bereits vor zwei Jahren, im Jahre 1988, das Nachbargrundstück im Ausmaß von rund 2.500 m² angekauft. Zur Finanzierung wurde von dieser GesmbH ein Kredit von insgesamt rund 2,7 Millionen Schilling aufgenommen. Seitens der Firmenleitung verspricht man - aber man verspricht nur, so steht es auch im Amtsbericht - auf diesem Grundstück eine Betriebsstätte im Ausmaß - wie das bereits Kollege Zagler und auch der Antragsteller Vizebürgermeister Leithenmayr erwähnten - von 1.000 m² zu errichten und die Beschäftigtenzahl um etwa 50 Mitarbeiter zu erhöhen.

Aber meine Damen und Herren des Gemeinderates, eine vertragliche Verpflichtung oder eine Terminisierung ist jedoch nicht vorgesehen. Das ist aber, glaube ich, das Wesentliche. Trotzdem ersucht die Geschäftsführung die Stadt Steyr um eine finanzielle Unterstützung in Form eines Zinsenzuschusses in der Höhe von 25 Prozent für die bei der Zentralsparkasse und Kommerzbank Wien aufgenommenen Kredite in der Höhe von rund 2,7 Millionen Schilling.

Nun, wenn Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, eine derartige Gewerbeförderung dieser ausländischen Firma gewähren, hätte die Stadt Steyr auf die Gesamtlaufzeit des Darlehens von 12 Jahren eine finanzielle Belastung in einer Ge-

samthöhe von S 450.000 bis S 500.000,-, je nach Zinshöhe worauf ja bereits Kollege Zagler hinwies, zu tragen. Es ist überhaupt, so glaube ich, eine Zumutung, bei derartigen Förderungen für Besitzer von Großunternehmen, Industriebetrieben und Konzernen von einer Gewerbeförderung zu sprechen bzw. sie zu beantragen. Noch dazu wenn man ganz genau weiß, daß für einheimische Gewerbebetriebe im Regelfall nur S 10.000,- an Förderung aus der Stadtkasse gewährt werden.

Um die krasse Ungleichheit der Wirtschafts- und Gewerbeförderung in unserer Stadt zu beseitigen, verlange ich heute erneut, daß endlich Richtlinien für die Wirtschafts- und Gewerbeförderung erstellt und vom Gemeinderat raschest beschlossen werden.

Im Hinblick auf die äußerst angespannte Finanzsituation in unserer Stadt, die Sie genau so gut kennen wie ich, mit etwas mehr wie S 550 Millionen Verschuldung, lehne ich die beantragte sogenannte Gewerbeförderung ab.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen? Bitte Kollege Spöck.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:
Ich möchte nur ganz kurz zur Förderungsweise Stellung nehmen. Wir haben uns ja schon des öfteren, wertest Präsidium, wertest Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, auch im Prüfungsausschuß, wie es Kollege Zagler richtigerweise betont hat, mit den Wirtschaftsförderungen, mit den Gewerbeförderungen befaßt und dabei herrschte, kann man sagen, einhellig die Meinung, wie es Kollege Zagler ausgeführt hat, daß es zweckmäßiger wäre, seitens der Stadt nur eine Zinsenstüt-

zung zu gewähren und die Darlehensgebung durch ein Kreditinstitut bewerkstelligen zu lassen. Was positiverweise zur Folge hätte, daß die Stadt dann kein Ausfallsrisiko trägt. Beim vorliegenden Gewerbeförderungsantrag der Firma Eckelt & Co, Glastechnik GesmbH, wird diesem Vorschlag des Prüfungsausschusses Rechnung getragen und eine Gewerbeförderung in Form eines Zinsenzuschusses in Höhe von 25 Prozent der anfallenden Zinsen gewährt und es freut mich, daß sich die Stadt der Meinung des Prüfungsausschusses bei der Gewerbeförderung angeschlossen hat.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ: Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen zu diesem Antrag? Nein, ich bitte daher den Referenten um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ja, meine Damen und Herren, ich möchte dazu nur bemerken, daß Wirtschaftsförderung von Betriebsansiedlungen ein wichtiges Thema ist. Es gibt ja internationale Beispiele und nationale Beispiele aus der jüngsten Zeit, wenn ich auf das Chrysler-Projekt hinspielen darf. Natürlich steckt auch ein gehöriges Maß an Risiko mit drinnen, aber es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, daß es ohne dem offensichtlich nicht geht. Und daß man halt versuchen soll, um hier die Wirtschaft anzukurbeln, neue Impulse zu setzen und Betriebe herzubringen, damit man diese Form, die - wie ja bereits gesagt und schon öfter diskutiert wurde - wählt. Es ist jedenfalls dabei klargestellt, daß bei solchen Zinsenzuschüssen tatsächliche Aufwendungen stattgefunden haben und es nachweisbar wird, dann ist auch

das Risiko anderweitig zugeordnet. Ich glaube also, daß es eine zweckmäßige Vorgangsweise ist und möchte das im Sinne meiner Vorredner bestätigen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ: Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer dafür ist? Danke. Gegen den Antrag? Stimmenthaltung? 1 Gegenstimme (KPÖ), 1 Stimmenthaltung (GAL). Damit ist dieser Antrag so beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Im nächsten Antrag geht es um die Erlangung eines Zweckzuschusses des Bundes an die Gemeinden zur Förderung von öffentlichen Nahverkehrsunternehmen. Wir müssen, um diese Zuschüsse zu erlangen, vorher eine Grundleistung erbringen. Der Antrag lautet:

9) Präs-31/83
ÖAG-4002/86
Verkehrsbetrieb der Stadtwerke; Zuerkennung einer Grundleistung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 25. Jänner 1990 wird als Grundleistung für den Verkehrsbetrieb der Stadtwerke Steyr für das laufende Rechnungsjahr ein Betrag von S 1,100.000,- bewilligt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 1,100.000,-
(eine Million einhunderttausend)

werden bei VST 1/8790/759200.5 freigegeben.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es Wortmeldungen zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:
Im nächsten Antrag geht es um die Gewährung eines verlorenen Zuschusses in Höhe von S 250.000,- an die Fa. SLR Gußwerk II, Betriebs GesmbH. Es wurde in einem Schreiben vom 23. Jänner 1990 dem Magistrat der Nachweis erbracht, daß alle Bedingungen, die festgelegt wurden, erfüllt worden sind. Demzufolge hat der Betrieb am 31. Dezember 1989 80 Personen beschäftigt, wovon 8 als Angestellte und 72 als Arbeiter tätig gewesen sind. 41 davon haben ihren ordentlichen Wohnsitz im Gemeindegebiet der Stadt Steyr. Im ganzen Jahr 1989 ist der Personalstand nie unter 60 Personen abgesunken.
Der Antrag lautet:

10) Ge-4362/88
Gewährung eines verlorenen Zuschusses in Höhe von S 250.000,- an die Fa. SLR Gußwerk II Betriebs-GesmbH.
Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes wird der Fa. SLR Gußwerk II Betriebs-GesmbH, 4400 Steyr, Gußwerkstraße 7, ein verlorener Zuschuß in Höhe von S 250.000,- (S zweihundertfünfzigtausend) gewährt. Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VA-Stelle 5/7820/776050.0 als Kreditüberschreitung bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht jemand zu sprechen zu diesem Antrag? Gemeinderat Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Alles kündige ich nicht im Finanz- und Rechtsausschuß an, weil ich auch nicht weiß, was hier in der Diskussion für Argumente verwendet werden.
Ja, meine Damen und Herren des Gemeinderates, Sie haben bei diesem Antrag gerade wieder das Gegenteil. Hier geht es nicht um eine Zinsenstützung, sondern um einen verlorenen Zuschuß, also um eine Direktförderung. Nun, den Mitgliedern des Gemeinderates ist ja bekannt, daß unsere Stadt der Firma St. Leon Rot Gußwerk II Betriebs GesmbH verschiedene Gewerbeförderungen gewährt. Die Stadt Steyr gewährt demnach der BRD-Firma eine Gewerbeförderung auf die Dauer von 4 Jahren in der Höhe der Hälfte der von ihr zu entrichtenden Lohnsummensteuer. Das ist das erste. Die Stadt übernahm weiters die Rückzahlung eines von der Gesellschaft aufgenommenen Darlehens in der Höhe von S 500.000,- und gleichzeitig aufgrund einer Fördervereinbarung, wenn eben die Firma Rot-GesmbH bis 31. 12. 1989 70 Mitarbeiter beschäftigt, wird ein verlorener - wie beantragt - Zuschuß von S 250.000,- gewährt.
Ich habe bereits bei der Beschlußfassung zu dieser sogenannten Gewerbeförderung für diese Firma einige grundsätzliche Bemerkungen gemacht und auch damals schon diese Förderung abgelehnt. Denn unter dem Slogan "Schaffung von neuen Arbeitsplätzen" wurden von der Mehrheitsfraktion des Hauses in den letzten 10 Jahren an die Privatwirtschaft und vor allem an ausländische Unternehmungen viele Millionen Schilling an

Förderungen gewährt. Trotz dieser Millionenförderungen von Stadt, Land und auch von der Bundesregierung verringern sich die Arbeitsplätze in unserer Region nicht um hunderte, sondern um tausende. Wie Sie auch selbst wissen, gibt es seit Jahren im Durchschnitt - der Bürgermeister Heinrich Schwarz hat das ja auch heute eingangs der Sitzung mitgeteilt - rund 2.000 bis 2.300 Arbeitslose. Abschließend möchte ich dazu sagen, es wäre in erster Linie Aufgabe der Landes- und Bundesregierung, für eine Wirtschafts- und Gewerbeförderung zur Ansiedlung von Betrieben mit neuen Produkten zu sorgen. Dazu gehört auch meiner Meinung nach der schnelle Ausbau der Straßenverbindung in den Zentralraum unseres Bundeslandes, der seit vielen Jahren versprochen, aber doch nicht so schnell realisiert wird, wie wir nun sehen. Das heißt, daß es auf jeden Fall am Druck seitens des Gemeinderates fehlt. Der beantragte verlorene Zuschuß in dieser Höhe von einer Viertel Million Schilling wird natürlich von mir abgelehnt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Werte Herren Bürgermeister, werde Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich kann mich an und für sich in meiner Wortmeldung kurz fassen, denn jene, die schon länger hier in diesem Gremium sitzen, wissen ja daß es immer wieder das gleiche Spiel ist. Wenn es um Gewerbeförderungen geht, dann ist Kollege Treml dagegen, ob es eine direkte Förderung oder eine Zinszuschußförderung ist oder auch in einer anderen Form. Ich habe

mich deshalb zu Wort gemeldet ...

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Für die einheimischen Betriebe!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Ich habe mich deshalb zu Wort gemeldet, weil ich nach wie vor die Auffassung verrete, daß die Stadtgemeinde Steyr alles unternehmen soll, um Arbeitsplätze neu zu schaffen und bestehende zu erhalten. Wir stehen nun einmal vor der Tatsache, daß wir hier in Steyr einige ausländische Betriebe angesiedelt haben - Gott sei Dank - und wir denen entsprechende Förderungsmaßnahmen zukommen ließen im Sinne der vorhin erwähnten Begründung der Arbeitsplatzneuschaffung und Arbeitsplatzerhaltung

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Da werden die Steyr-Werke bald nicht mehr existieren.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Ich darf schon in Erinnerung rufen, Kollege Treml, wenn wir so gehandelt hätten wie Du gemeint hast, daß wir beispielsweise dem BMW-Werk keine Förderung zukommen hätten lassen, dann darf ich Dich fragen, wie die Arbeitsmarktsituation und wie die wirtschaftliche Situation heute hier in unserer Region, nicht nur in unserer Stadt, aussehen würde?

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Weil die so reich und wir so arm sind!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, darf ich Ihnen nochmals bekanntgeben, daß ich selbstverständlich dem Antrag die Zustimmung geben werde.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ich möchte sagen, daß es sich bei den Ausführungen des Kollegen Treml offenbar um grundsätzliche Auffassungen handelt. Aber man kann natürlich zu diesem Thema verschiedener Meinung sein. Es ist nicht nur reine Freude, die uns bewegt, aber es ist offensichtlich ohne diese Förderungsmaßnahmen und -mechanismen halt nicht möglich, den gewünschten Effekt zu erzielen. Ich glaube, daß man sich halt zwischen diesen zwei Möglichkeiten entscheiden muß und man hat sich entschieden. Ich bin persönlich dafür, daß man hier eindeutige Schwerpunkte setzt in der Förderung und daß man nicht mit der Gießkanne drüberfährt und jedem ein bißchen etwas gibt, sondern hier ganz bestimmte Ziele in der Wirtschaftspolitik, so weit man sie überhaupt beeinflussen kann, verfolgen sollte. Im Bezug auf schnellen Ausbau der Straßenverbindung usw. kann ich das nur unterstreichen. Nicht jedoch, daß wir uns nicht bemüht hätten, aber es ist halt ein Hürdenlauf.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Es müßte mit mehr Druck verhandelt werden.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Momentan haben wir ja massiven Druck versucht in dieser Richtung auszuüben und es scheint im Bezug auf die absolute Priorität im Straßenbau bezüglich der Nordspange jetzt doch etwas entsprechend weiterzugehen. Ich hoffe, daß wir die Bemühungen

dann in dieser Weise fortsetzen können und hier die gewünschte Verbesserung erreichen können.

Fest steht jedoch im Bezug auf das Gußwerk II, daß dort tatsächlich dieses Werk von der Steyr-Daimler-Puch AG geschlossen wurde und daß es eben eine Wiederbelebung nur durch diese neue Firma gegeben hat. Europa und die Diskussion darüber ist nicht so weit weg, wie sich zeigt an einer ganzen Reihe von Entwicklungen, die direkt und aktuell stattfinden. Es zeigt sich eben, daß hier Wirtschaftsbelebung auch stattfindet. Ob uns das so gefällt oder nicht, wir müssen uns bemühen, daran teilzunehmen. Ich meine dabei, wenn ich sage Europa, nicht nur den Blick nach Westen gerichtet, sondern selbstverständlich auch nach Osten. Wir müssen alle Möglichkeiten, die sich in dem Zusammenhang ergeben wahrnehmen und unterstützen. So ist auch diese Aktivität aus der Sicht der sozialistischen Fraktion zu verstehen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer dem Antrag beitrifft? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Der Antrag ist mit 1 Gegenstimme (KPÖ) und 1 Stimmenthaltung (GAL) angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Im nächsten Antrag geht es um die Neubestellung der Disziplinaroberbehörden für die Zeit vom 1. 2. 1990 bis 31. 12. 1992. Ich bitte, daß diese Disziplinaroberkommission für die Zeit, die ich genannt habe, in der vorliegenden Form beschlossen werde. Wenn es gewünscht wird, werde ich selbstverständlich alle Namen verlesen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wird dieser Wunsch laut? Das
ist nicht der Fall, damit ist
die Vorgangsweise so gebilligt.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

11) Präs-676/78

Bestellung und Zusammen-
setzung der Disziplinar-
oberkommission.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Die Disziplinaroberkommission
für die Funktionsperiode vom 1.
2. 1990 bis 31. 12. 1992 wird
gemäß § 76 StGBG wie folgt be-
stellt:

Vorsitzender:

Bürgermeister Heinrich Schwarz

Stellvertreter:

Vizebürgermeister Hermann Lei-
thenmayr; Vizebürgermeister
Karl Holub

Mitglieder:

Stadtrat Rudolf Pimsl, Stadtrat
Ingrid Ehrenhuber, Stadtrat
Ing. Othmar Schloßgangl, Stadt-
rat Rudolf Steinmaßl, MD OSR
Dr. Franz Knapp, OMR Dr. Franz
Starzengruber, OMR Dr. Adolf
Marschalek (Wels), SR Dr. Adolf
Minimair (Wels), SR Dr. Rein-
hard Nones, SR Dr. Volker Lutz,
SR Dr. Albert Quirchmayr
(Wels), OVetR Dr. Horst
Schlecht (Wels); OAR Helmut
Riedler, VOK Walter Oppl, OAR
Gustav Gergelyfi, OAR Erich
Schmoll, KR Johann Steindl, BOS
Karl Zehetner, KR Johann Rum-
pelsberger, BI Karl Angerer,
Städt. Installateur Heinz Neu-
bauer, Städt. Kraftwagenlenker
Josef Aigner, Städt. Kraftwa-
genlenker Johann Diesenreiter

Schriftführer:

MR Dr. Kurt Schmidl.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht jemand das Wort zu die-
sem Antrag? Das ist nicht der
Fall. Ich bitte um ein Zeichen
mit der Hand, wenn Sie zustim-

men? Danke. Dagegen? Stimment-
haltung? Einstimmig beschlos-
sen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Im nächsten Antrag geht es um
den Ausgleich des ordentlichen
und außerordentlichen Haushal-
tes 1989 durch die Entnahme
bzw. Zuführung von Rücklagen.
Der entsprechende Antrag des
Stadtsenates lautet:

12) Buch-7700/8

Ausgleich des ordentlichen
und außerordentlichen Haus-
haltes 1989 durch Entnahmen
bzw. Zuführungen von Rück-
lagen.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Zum Ausgleich des ordentlichen
Haushaltes wird eine Zuführung
an die Allgemeine- und Be-
triebsmittelrücklage in Höhe
von S 20,397.126,12
sowie Entnahme aus der Rücklage
zur Reinhaltung des Grund- und
Quellwassers in Höhe von
- 3,435.791,41

bewilligt.

Der Ausgleich im außerordentli-
chen Haushalt hat durch Rückkla-
genzuführungen in Höhe von S
18,704.289,63 sowie Rückkla-
genentnahmen in Höhe von S
56,444.444,27, somit einer Net-
torücklagen-Entnahme in Höhe
von

- S 36,740.154,64

zu erfolgen. Zum Ausgleich des
ordentlichen und außerordentli-
chen Haushaltes werden somit
die Rücklagen in Saldo um ins-
gesamt

S 19,778.819,93

Für die Zuführungen an Rückkla-
gen werden bei den angeführten
Voranschlagsstellen nachfol-
gende Freigaben und Kreditüber-
schreitungen genehmigt.

VA-Stelle	1/9810/298000.2
Freigabe	-
Kreditüberschreitung	20,397.000,--
Gesamtbetrag	20,397.000,--
VA-Stelle	5/2220/298000.2
Freigabe	487.000,--
Kreditüberschreitung	-
Gesamtbetrag	487.000,--
VA-Stelle	5/6110/298000.1
Freigabe	213.000,--
Kreditüberschreitung	-
Gesamtbetrag	213.000,--
VA-Stelle	5/8400/209000.4
Freigabe	5,778.000,--
Kreditüberschreitung	257.000,--
Gesamtbetrag	6,035.000,--
VA-Stelle	5/8460/298000.8
Freigabe	12,970.000,--
Kreditüberschreitung	-
Gesamtbetrag	12.970.000,--
<u>Summen:</u>	
Freigabe	19,448.999,--
Kreditüberschreitung	20,654.000,--
Gesamtbetrag	<u>40,102.000,--</u>

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht dazu jemand zu sprechen?
Gemeinderat Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Daß der Ausgleich des ordentlichen und des außerordentlichen Haushaltes möglich ist, hängt vor allem meiner Meinung nach mit der überaus guten Einnahmenentwicklung bereits im Vorjahr, im Jahr 1988, zusammen, die es ermöglichte, entsprechende Rücklagen der Stadt zu bilden, die man nun der Jahresrechnung 1989 zuführt. Auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung 1989 gehe ich nicht

besonders ein, da ich ja bei der Behandlung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1989 ausreichend Gelegenheit habe, die einzelnen Budgetposten zu durchleuchten. Es wurde ja eine ganze Reihe von Vorhaben im Jahre 1989 nicht in Angriff genommen bzw. nicht zur Gänze ausgeführt. Die gegenwärtige Hochkonjunktur in unserem Lande darf aber darüber nicht hinwegtäuschen, daß der Spielraum der Gemeinden, so auch natürlich der Stadt Steyr, zunehmend enger geworden ist und daher eine Entlastung dringend notwendig ist. Ich halte daher die von mir schon öfter geforderte Reform des Finanzausgleiches zugunsten der Stadt, zugunsten der Gemeinden, für unbedingt erforderlich. Aber auch vom Land selbst müßten meiner Meinung nach Entlastungen der Gemeinden bei der völlig antiquierten und praktisch nur noch als Druckmittel verwendeten Landesumlage erfolgen. Auch beim Sprengelbeitrag müßte eine Entlastung durch das Land erfolgen. Abschließend möchte ich auf eine lobenswerte Beamteninitiative verweisen. Aufgrund der Steuerreform machte das Kontrollamt mit ihrem Leiter Dr. Zimmermann aufmerksam, daß für die Stadtwerke ab 1. 1. 1989 Steuervorteile entstehen, wenn ein sogenannter Versorgungs-Vertriebsverbund installiert wird. Denn die neue Sonderregelung ermöglicht, die Gewinne und Verluste vom Gaswerk bzw. von den Verkehrsbetrieben auszugleichen, so daß bereits ab dem Jahr 1989 beim Betriebsbereich Gaswerk die zu entrichtende Körperschaftsteuer in Millionenhöhe entfällt. Es ist der Initiative unseres Kontrollamtsleiters zu verdanken, daß die Stadtwerke einen Steuervorteil rückwirkend

erzielten. Die Rückzahlung der bereits für das Jahr 1989 entrichteten Körperschaftsteuer beträgt rund 5 Millionen Schilling und wird für die Folgejahre eine jährliche Steuerersparnis von Millionen erbringen. Für diese Beamteninitiative ist, so glaube ich, der Dank der Stadt auszusprechen.

Natürlich werde ich dem vorliegenden Antrag die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ: Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen? Ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Ich möchte eigentlich nur bemerken, daß die Ausführungen über die ausgezeichnete Konjunkturlage natürlich zutreffend sind und daß wir aus dem Titel auch eine Mehreinnahme von rund 13 Millionen Schilling erzielen konnten. Dadurch ist auch diese positive Abweichung feststellbar. Vielleicht darf ich noch sagen, daß hier gerade die letzten Meldungen über die wirtschaftliche Lage und die Finanzkraft der Stadt, die in der Presse, in den Medien, erschienen sind, meiner Meinung nach nicht so in dieser Form zutreffend sind, weil hier handelt es sich offenbar um Aussagen, die auf dieser Studie basieren, die schon mehrmals diskutiert wurde in unseren Gremien. Wir haben gerade in letzter Zeit Gelegenheit gehabt, auch eine Diskussion mit dem Verfasser dieser Studie durchzuführen. Hier handelt es sich halt um Prognosewerte, die dort angeführt wurden. Es wurde auch gesagt, daß z. B. die Bevölkerungsentwicklung, wenn sie abwärts geht, z. B. nicht automatisch zu einer

Verringerung der Finanzkraft der Stadt führen muß. Daß z. B. ein Bevölkerungszuwachs in den Umlandgemeinden im Gegenteil dort später zu beträchtlichen Belastungen führt. Man weiß über diese ganzen Entwicklungen noch verhältnismäßig wenig, aber der Tenor zum Schluß, die Zusammenfassung bei diesem Seminar war die, daß diese Prognosen und Studien vor allen Dingen auch dazu dienen sollen, um den Entscheidungsträgern Entscheidungsgrundlagen zu liefern für Maßnahmen, die geeignet sind, um diesen Entwicklungen, die prognostiziert sind, entgegenzusteuern. Ich glaube, darauf kommt es an und von dort her betrachte ich auch unsere Aktivitäten, die wir gesetzt haben und setzen werden müssen, am Verkehrssektor genau so wie bei der Betriebsansiedlung.

Das möchte ich dazu noch bemerkt haben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ: Danke. Bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich darauf hinweisen, daß wir selbstverständlich in einem persönlichen Gespräch dem Kollegen Zimmermann diesen Dank bereits zum Ausdruck gebracht haben. Das ist ja nicht nur er, sondern es werden in vielen Bereichen die Beamten so dargestellt, daß es nur negative Geschichten gibt. Es gibt aber sehr viele positive und das wird immer wahrgenommen, das muß ich sagen. Wir brauchen nicht aufmerksam gemacht werden darauf, daß wir uns bedanken müssen, das ist eine Selbstverständlichkeit und eine menschliche Geste, die einfach dazugehört. Das erwähne ich gar nicht besonders. Das ist ein ganz klarer Fall und ich möchte hier bekannt geben, daß das nicht vergessen wird. Wir kommen zur Abstimmung. Ich

bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer diesem Antrag die Zustimmung gibt? Danke. Gegen den Antrag? Stimmenthaltung? So beschlossen.

Ich danke Kollegen Leithenmayr für die Berichte. Anstelle von Kollegen Vizebürgermeister Holub bitte ich Stadtrat Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT
ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Dem Fremdenverkehrsverband soll für das Jahr 1990 eine Subvention von insgesamt 1,3 Millionen gewährt werden. Sie wird dergestalt zur Auszahlung gebracht, daß die erste Rate nach Beschlußfassung durch den Gemeinderat der Stadt Steyr, die zweite zur Monatsmitte August zur Anweisung gebracht wird und der Restbetrag nach Abrechnung der Personalkosten für die Vertragsbedienstete Marieluise Göls zu Jahresende angewiesen wird.

13) Ha-451/90

Fremdenverkehrsverband
Steyr; Jahressubvention
1990.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 22. 1. 1990 wird dem Fremdenverkehrsverband Steyr für das Jahr 1990 eine Subvention von insgesamt S 1,3 Millionen gewährt. Diese Subvention wird dergestalt zur Auszahlung gebracht, daß die 1. Rate nach Beschlußfassung durch den Gemeinderat der Stadt Steyr und die 2. Rate zur Monatsmitte August zur Anweisung gebracht wird. Der Restbetrag wird nach Abrechnung der Personalkosten für VB Marieluise Göls zu Jahresende angewiesen
Zum genannten Zweck wird ein

Betrag in Höhe von
S 1,300.000,-- (eine Million dreihunderttausend)
bei der VA-Stelle
1/7710/757000.0 freigegeben.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, wir kommen daher zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer für diesen Antrag ist? Danke. Gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmig beschlossen.
Kollegin Ehrenhuber ist die nächste Berichterstatterin.

BERICHTERSTATTER STADTRAT
INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren!
Unsere Küche im Zentralalterheim, die bereits seit 25 Jahren in Verwendung steht, bedarf einer dringenden Erneuerung und es sind daher diverse Aufträge zu vergeben.

Der Antrag des Stadtsenates lautet:

14) Bau5-4177/86

ZAH Steyr; Erneuerung der
Küche; Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 6. 3. 1990 werden im Zusammenhang mit der Erneuerung der Küche des ZAH Steyr nachstehende Aufträge vergeben:

1. Lieferung von Geschirrspülmaschinen: Fa. Stierlen-Maquet AG, Wien, zum Preis von S 623.496,60

2. Lieferung und Herstellung der Lifte: Fa. Thyssen, Graz, zum Preise von S 659.525,--.
Für die Entlastung des hausinternen Kanalnetzes sollen je ein Auffang- und ein Sickerschacht errichtet werden, wobei

der Auftrag zur Durchführung dieser Arbeiten an den städtischen Wirtschaftshof zum Preise von S 69.000,- übertragen wird.

Zum genannten Zweck werden einschließlich eines Betrages von S 20.000,- für diverse Kleinleistungen, welche mittels Bestellscheines beauftragt werden, nachstehende Mittel freigegeben:

S 1,284.000,- (eine Million zweihundertvierundachtzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/4200/043020.8 und

S 90.000,- (Schilling neunzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/4200/010300.3.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche Sie um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke Kollegin Ehrenhuber für Ihren Bericht. Wünscht jemand zu sprechen? Kollegin Radmoser bitte.

GEMEINDERAT EDITH RADMOSER:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Wenn jetzt dem Gemeinderat Anträge über die Vergabe von Mitteln zur Neugestaltung des Küchenbereiches im städtischen Altersheim vorliegen, so bedeutet dies einen weiteren Schritt zur Modernisierung dieser heute unumgänglich notwendigen Sozialeinrichtung. Als im Jahre 1955 der Neubau an der Hanuschstraße eröffnet wurde, galt das Haus als eines der modernsten im ganzen Land. Nicht vorhersehbar waren zu jener Zeit die gesellschaftlichen Wandlungen

und die durch den medizinischen Fortschritt deutlich angestiegene Lebenserwartung. Die Stadt Steyr hat dieser Entwicklung stets Rechnung getragen, denn dominierte anfangs die Heimabteilung, so überwiegt heute die Pflegeabteilung bei weitem.

Durch Um- und Zubauten, durch laufende Erneuerung der Einrichtung, besitzen wir heute ein Heim, in dem 344 Insassen, davon 129 in der Heimabteilung und 196 in der Pflegeabteilung, ihren Lebensabend verbringen. Ich glaube, man kann, ohne in Selbstgefälligkeit zu verfallen, feststellen, daß sich der Gemeinderat und die Stadtverwaltung immer ihrer Verpflichtung den älteren Mitbürgern gegenüber bewußt waren und sich stets bemühten, ihnen den letzten Lebensabschnitt menschenwürdig und angenehm zu gestalten. Wenn man bedenkt, daß das Haus noch vor 10 Jahren nur über 60 Pflegeplätze verfügte, daß wir derzeit bei 196 angelangt sind und dies bei weitem nicht den Bedarf deckt, und daß laut Prognosen die Anzahl der älteren Menschen bis zum Jahr 2020 beträchtlich steigen wird, so kommen sicher noch große Probleme auf uns zu. Zur Zeit hätte es gar keinen Sinn, die Anzahl der Pflegebetten zu erweitern, da es nicht möglich ist, das nötige diplomierte Pflegepersonal zu finden. Würden wir uns aber verstärkt um auswärtiges Personal bemühen, müßten wir entsprechende Wohnungen zur Verfügung stellen, ein Problem, welches derzeit ebenfalls schwer lösbar wäre.

Wie erwähnt, waren viele Investitionen notwendig, um das Haus so zu gestalten, wie es sich heute präsentiert. Ich möchte nur an die Arbeiten des Vorjahres erinnern. Da wurden die Heizungs- und Warmwasser-

aufbereitungsanlagen erneuert, eine Müllabwurfanlage gebaut sowie die Auffahrts- und Zufahrtsrampe neu gestaltet, damit die Patienten bei Krankentransporten nicht den Unbillen der Witterung ausgesetzt sind. Aber auch für das heurige Jahr sind wieder große Investitionen vorgesehen - der Umbau der Küche. Die bestehende Küche wurde zuletzt im Jahre 1965, etwa gleichzeitig mit dem Zubau an der Kollerstraße, adaptiert und ist hinsichtlich Organisation, Gerätepark und System der Essensverteilung nicht mehr dem heutigen Standard entsprechend. Zur Zeit werden täglich 1.100 Portionen zubereitet. Versorgt werden durch die Küche des Zentralaltersheimes derzeit die Heiminsassen und das Personal, die Bewohner der Pensionistenheime, die Kindergärten und Horte, die Lebenshilfe, an langen Arbeitstagen die Bediensteten des Magistrates und nicht zu vergessen die Aktion "Essen auf Rädern", die täglich durchschnittlich 160 Personen betreut. Durch den Umbau wird es möglich sein, die Kapazität auf 1.500 Portionen zu erweitern. Geplant ist eine völlige Neugestaltung auch in räumlicher Hinsicht. So wird das Büro des Küchenchefs aus der Küchenmitte ausgegliedert und in den Gangbereich Kollerstraße-Mitteltrakt verlegt und ist dann vom Gang aus erreichbar. Zur Zeit müssen alle Personen, die den Chefkoch sprechen wollen, durch die Küche gehen, außerdem kommen auch alle Fahrer der verschiedenen Essenstransporte in den Küchenbereich. Dies widerspricht jedoch den lebensmittelpolizeilichen Vorschriften. Geplant ist eine Teilung in einen Schmutz- und einen Saubereich, getrennt durch Schleusen, so daß in den ei-

gentlichen Küchenbereich nur mehr das Küchenpersonal Zutritt hat, welches bekanntlich nach dem Bazillenausscheidergesetz laufenden Kontrollen unterzogen wird. Somit wird den hygienischen Anforderungen weitgehendst entsprochen.

In Richtung Kollerstraße soll ein neuer Zugang für die Küchenanlieferung geschaffen werden, und zwar im Bereich des neu zu errichtenden Lastenliftes, der von der Firma Thyssen um S 659.525,- angeboten wurde. Mit diesem Lift soll der Essenstransport zu den Speiseräumen erfolgen und die angelieferten Lebensmittel in das in den Keller verlegte Lager transportiert werden. Außerdem muß für die hausinterne Entlastung des Kanalnetzes je ein Auffang- und Sickerschacht errichtet werden, damit in Hinkunft bei sehr starken Regenfällen die Überschwemmung des Kellergeschosses verhindert wird. Auf der anderen Seite der Küche, in Richtung Hanuschstraße, soll die neue Geschirrspülmaschine aufgestellt werden. Über diese wurden aufgrund der langen Lieferzeit bereits Verhandlungen aufgenommen. Der Bestbieter - wegen der technischen Einzelheiten sowie der Wartung - ist die Firma Stierlen-Maquet, die nach einer Preisreduzierung ein Anbot über S 623.496,- vorgelegt hat. Außerdem nimmt diese Firma das alte Gerät zu einem Preis von S 20.000,- zurück. Man muß ja froh sein, wenn durch die Entsorgung der Altgeräte nicht noch zusätzliche Kosten entstehen. Im gleichen Raum ist die neue Müllentsorgung vorgesehen. Jetzt werden mit den Personalliften auf alle Stationen 100 l Mülltonnen verteilt, die natürlich in kürzester Zeit überfüllt sind. Nun ist die Müllentsorgung in der

Form vorgesehen, daß die Speiseabfälle vorgepreßt werden und die Preßwürfel in einen 1.100 l Großcontainer kommen. Dadurch wird das Müllvolumen gewaltig reduziert. Dieser Mehrzweckraum soll einen Zugang von der Straße erhalten, somit kann der Müll abtransportiert und das schmutzige Transportgeschirr angeliefert werden. In der Küche müssen sämtliche Geräte erneuert werden, welche mit Strom oder Gas betrieben werden sollen. Bisher wurden die Küchengeräte über eine Heißölanlage versorgt, die bereits um 4 Uhr früh in Betrieb genommen werden, damit um 8 Uhr die Geräte gebrauchsfähig sind. Eine sehr unwirtschaftliche Anlage. Es wird nach der Renovierung der Küche nur mehr in der Wäscherei die Mangel über diese Heißölanlage betrieben werden und es wird dann sicherlich zu Überlegungen kommen müssen, ob die Wäscherei in dieser Form weiter aufrecht erhalten werden soll. Zur Zeit wird ja nur mehr die Tischwäsche und die persönliche Wäsche der Heiminsassen gereinigt, die Bettwäsche wird außer Haus gegeben und für den Hygienebereich wurde auf das Rentex-System übergegangen. Ich möchte hier anführen, daß durch diese Umstellung nicht nur für die Patienten eine Verbesserung und für die Schwestern eine Erleichterung eingetreten ist, sondern daß auch dadurch im Vorjahr eine Einsparung von S 800.000,- erzielt werden konnte.

In der Küche müssen sämtliche Wasser-, Gas und Elektroinstallationen erneuert sowie der bestehende Boden entfernt werden. Es wird ein neuer Estrich aufgebracht, welcher ca. 1 Monat trocknen muß, erst dann kann der neue Boden verlegt werden. Da wird einem auch die Dauer der Umbauarbeiten leichter ver-

ständiglich. Es ist eine Zeit von vier Monaten plus je 1 Monat für Vor- und Nacharbeiten vorgesehen. Anfang Oktober soll dann die Abnahme und Übergabe erfolgen. Im Zuge dieser Umbauarbeiten soll auch auf ein Tablettssystem umgestellt werden. Derzeit kommt das Essen in Warmhaltebehältern in die einzelnen Abteilungen und wird dort von den Schwestern im Gang erst ausgeschöpft. Dies ist ja nicht gerade sehr hygienisch, da sich im Gang auch Patienten aufhalten. Nun soll die Vorphionierung durch das Küchenpersonal erfolgen, die Speisen gelangen schneller in die einzelnen Abteilungen und die Schwestern werden entlastet, da sie ja nur mehr die Tablettts austeilten müssen. Die freigesetzte Zeit kann dann mehr für pflegerische Aufgaben verwendet werden.

Für die Zeit des Umbaues haben sich die Steyr-Werke bereiterklärt, die Zubereitung der Speisen zu übernehmen. Über die genauen Kosten wird noch verhandelt, sie werden aber naturgemäß etwas höher sein als die hausinternen. Derzeit sind in der Küche 25 Personen und der Küchenchef beschäftigt, die Hälfte des Personals wird in der Übergangszeit in der Küche der Steyr-Werke tätig sein, die anderen Bediensteten werden im Haus benötigt, da ja das Frühstück im Haus zubereitet wird und auch die Portionierung intern erfolgt. Außerdem müssen die Transportgefäße gereinigt werden.

Erwähnenswert wäre noch die Schaffung eines Personalraumes, damit auch das Personal in Ruhe das Essen einnehmen kann sowie die Umgestaltung der Speiseräume. Es soll auch eine Cafeteria eingerichtet werden, damit die Heiminsassen sich mit Besuchern dorthin zurückziehen können.

Laut Voranschlag 1990 sind für Baumeister-, Kanal- und Professionsarbeiten S 2,250.000,- vorgesehen sowie für die Küche 4,5 Millionen und für das Tablettsystem 1,5 Millionen. Ein gewaltiges Vorhaben, aber bestimmt auch ein sehr wichtiges, dem Sie sicher Ihre Zustimmung geben werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke der Kollegin Radmoser für ihren ausführlichen Diskussionsbeitrag. Wünscht noch jemand zu sprechen zu diesem Punkt? Das ist nicht der Fall. Die Referentin verzichtet auf ein Schlußwort und wir kommen daher zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer diesem Antrag die Zustimmung gibt? Danke. Gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmig so beschlossen. Kollege Pimsl ist der nächste Berichterstatter.

BERICHTERSTATTER STADTRAT
RUDOLF PIMSL:
Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Am 14. Dezember des vergangenen Jahres hat der Gemeinderat einstimmig eine Hundeverordnung beschlossen, die sich im Paragraph 3 als nicht sehr glücklich erwiesen hat. Daraufhin hat der Bürgermeister in Einklang mit dem Stadtstatut die Aussetzung dieser Verordnung angeordnet und mittlerweile ist dieser Paragraph 3 etwas anders abgefaßt worden. Ich darf Sie bitten, diese Veränderung, die nunmehr folgenden Wortlaut hat: "auf Straßen, Plätzen und sonstigen der Öffentlichkeit ohne Einschränkung zugänglichen Flächen, innerhalb der im § 2 zitierten Bereiche, müssen mit einem tiergerechten und gutsitzenden Beißkorb versehen sein", zu beschließen:

15) Vet-3861/87
Verordnung über ein Verbot der Mitnahme von Hunden auf bestimmten Plätzen sowie Leinen- und Beißkorbzwang im Stadtgebiet von Steyr -
Abänderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 14. 12. 1989 die Erlassung einer Verordnung, mit welcher ein Verbot der Mitnahme von Hunden auf bestimmten Plätzen sowie ein Leinen- und Beißkorbzwang im Stadtgebiet von Steyr gem. § 5 Abs. 3 und § 10 Abs. 2 lit. b) des oö. Polizeistrafgesetzes, LGBL. Nr. 36/1979 idgF festgelegt wird, beschlossen.

Mit dem Vollzug dieses Gemeinderatsbeschlusses wurde in Anwendung des § 21 des Statutes für die Stadt Steyr, LGBL. Nr. 11/1980 idgF, innegehalten. Aufgrund des Amtsberichtes der MA XII vom 24. 1. 1990 wird nunmehr entsprechend der beige-schlossenen Verordnung der Änderung der zitierten Verordnung zugestimmt. (BEILAGE)

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Spöck hat sich zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:
Ich habe bereits, wertees Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, bei der Behandlung der Verordnung über ein Verbot der Mitnahme von Hunden auf bestimmten Plätzen sowie des Leinen- und Beißkorbzwanges in der vorletzten Sitzung des Gemeinderates darauf hingewiesen, daß wir Schwierigkeiten mit der Verordnung im Hinblick auf die im § 2 zitierte Stelle, wo Hunde mit einer Schulterhöhe ab 55 cm einen Beißkorb tragen müssen, bekommen werden.

Alleine schon die Überwachung durch die Polizei wird schwierig sein, habe ich damals gemeint. Ich möchte heute nochmals betonen, daß diese Verordnung nicht als Repressalie in meinen Augen gegen die Hundebesitzer, gegen die Mehrzahl der ordentlichen Hundebesitzer, gedacht ist. Aber ich werde leider immer wieder bestätigt, daß es auch andere Hundebesitzer mit ihren Lieblingen gibt, die halt die Spielwiesen und die Sandkisten als Tummelplatz bzw. Klos für ihre Hunde betrachten.

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, an der Verordnung selbst ist nichts auszusetzen, gäbe es nicht den Beißkorb-Kompromiß. Wenn es nun in der geänderten Verordnung heißt im § 3: "auf Straßen, Plätzen und sonstigen der Öffentlichkeit ohne Einschränkung zugänglichen Flächen innerhalb der im § 2 zitierten Bereiche müssen als - und jetzt kommt es - bissig bekannte Hunde mit einem tiergerechten und gutsitzenden Beißkorb versehen werden, glaube ich, daß diese Bezeichnung "als bissig bekannt" in einem eventuellen Verordnungs-Prüfverfahren seitens des Landes unter Umständen nicht hält. Die Polizisten werden es auch schwer haben, - ohne die 55 cm - auf den ersten Blick zu erkennen, ob ein Hund bereits mit früheren Bissen vorbelastet ist, ob er "vorbestraft" ist. Dem Besitzer es zu überlassen, ist sicherlich auch problematisch - das eigene Hundelr wird halt nie beißen. Die eventuelle Folge, werte Kolleginnen und Kollegen, wir müssen unter Umständen diese Verordnung wieder ändern. Aus diesem Grund werden wir uns von der ÖVP-Fraktion der Stimme enthalten. Bei dieser Gelegenheit, werte Kolleginnen und Kollegen des

Gemeinderates, hier an diesem Platz eine Bitte an die Exekutive, vor allem aber auch eine Bitte an die Hundebesitzer. § 92 Abs. 3 der Straßenverkehrsordnung besagt: "Die Besitzer oder Verwahrer von Hunden haben dafür zu sorgen, daß diese die Gehsteige und Gehwege sowie Fußgängerzonen und Wohnstraßen nicht verunreinigen". Wie die Praxis ausschaut, erleben ich mit meinen Kindern, erleben wir sicherlich alle täglich gerade jetzt wieder im Frühjahr. Überall, wo man auf den Gehsteigen, auf den Kinderspielplätzen, in den Sandkisten hinsteigt, liegt Hundekot. Ich muß auch leider immer wieder feststellen, daß bezüglich der Überwachung der rücksichtslosen Hundehalter leider sehr großzügig vorgegangen wird. Daher meine Bitte hier an die Hundebesitzer, ein Schauerl mit einem Sackerl mitzunehmen bzw. meine Bitte an die Exekutive um mehr Überwachung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke Kollegen Spöck für seinen Beitrag und für die Erklärung. Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Ich möchte an sich nur das wiederholen, meine Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, was ich bereits im Zusammenhang mit diesem vorliegenden Antrag am Dienstag bei der Finanz- und Rechtsausschußsitzung zum Ausdruck gebracht habe. Mir geht es nicht darum, meine Damen und Herren, wie vielleicht befürchtet wird, eine Diskussion in der Öffentlichkeit neuerlich zu entfachen, was diese Hundeverordnung betrifft, sondern mir geht es darum, darauf hinzuweisen, daß, wenn diese Verordnung so beschlossen wird, - ich

beziehe mich ebenfalls auf den Paragraph 3 - da zweifelsohne, wie auch Kollege Spöck hingewiesen hat, die Gefahr besteht, daß aus rechtlichen Hintergründen sich der Gemeinderat nochmals mit dieser Verordnung zu befassen hat oder befassen wird müssen. Denn, meine Damen und Herren, wer klassifiziert, welcher Hund als bissig einzustufen ist bzw. als bekannt bissiger Hund einzustufen ist? Den Hundebesitzern, glaube ich ebenfalls, kann man das nicht überlassen, denn sie selbst werden sicherlich nicht von sich aus behaupten, daß ihr Hund bissig ist.

Nun aber vielleicht doch ein paar Sätze zur Vorgeschichte. Viele von Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wissen ja, daß sich der dafür zuständige Umweltausschuß mehr als ein Jahr lang mit der Erarbeitung einer sicherlich sehr wichtigen und notwendigen Maßnahme befaßt hat und vorerst diese Grundlage des Beschlusses vom 17. Dezember 1989 aus zwei Teilen bestanden hat. Nämlich dem einen Teil, was den Leinenzwang betrifft, und den anderen Teil, was das Mitnahmeverbot von Hunden betrifft auf bestimmten Plätzen. Ich glaube, dagegen ist ja auch nichts einzuwenden. Hinzugekommen ist dann aber noch der Paragraph 3, betreffend den Beißkorbzwang, eingeschränkt auf Hunde ab einer Schulterhöhe von 55 cm. Diese Grundlage und Vorlage wurde ja bekanntlich dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt und ich selbst war auch einer derjenigen, der dieser Vorlage im Gemeinderat hier die Zustimmung gegeben hat deshalb, weil ich davon ausgegangen bin, daß bei diesen Vorberatungen Experten aus dem Tiereschutzbereich mitgearbeitet haben und keinerlei Einwände da-

gegen erhoben haben. Inzwischen hat sich aber doch herausgestellt, daß es offensichtlich doch Meinungsunterschiede auch zwischen diesen Fachexperten gibt, was dazu geführt hat, daß aufgrund von zahlreichen Widerständen aus der Bevölkerung unserer Stadt der Bürgermeister diese Verordnung vorest zurücknehmen mußte. Daher, meine Damen und Herren, vertrete ich nach wie vor die Auffassung, daß dieser § 3 aus der Verordnung herausgenommen gehört, in dem es heißt: "als bissig bekannte Hunde müssen auf öffentlichen Straßen und Plätzen einen Beißkorb in Zukunft tragen", weil, wie gesagt, auch ich die Auffassung und die Befürchtung vertrete, daß wir uns neuerlich mit diesem Problemkreis auseinandersetzen haben. Ich glaube, das würde das ganze Problem dann doch etwas überbewerten.

Ich werde mich daher bei der Abstimmung ebenso wie die ÖVP der Stimme enthalten, obwohl ich an und für sich über eine Stimmenthaltung nicht glücklich bin, weil das weder Fisch noch Fleisch ist. Aber ich tue das deshalb, um nicht in den Verdacht zu geraten, daß ich die Verordnung, nämlich den § 1 und 2, nicht gutheiße. Im Gegenteil, es wurde bereits von meinen Vorrednern ausgeführt, das ist wirklich eine wichtige Maßnahme. Nicht nur zum Schutz der Bevölkerung, sondern auch zum Schutz der Hunde, was den Leinenzwang und auch die andere Maßnahme betrifft. Ich darf daher um Verständnis bitten, wenn ich diesem Antrag nicht die Zustimmung gebe, sondern mich der Stimme enthalten werde.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Tremml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Aufgrund meiner Vorredner ist der Gemeinderat ein wenig in das Schußfeld der Öffentlichkeit geraten und die Presse hat sich ja dem angenommen bezüglich unserer Verordnung für die Hundehaltung. Es ist wirklich so, daß wir ein Übermaß an Zeit aufgewendet haben im gemeinderätlichen Ausschuß sowie auch im Gemeinderat, wo wir über die Verordnung diskutiert und befunden haben und dann endlich am 14. Dezember 1989 einstimmig diesen Beschluß gefaßt haben. Nun befürchten zwei Gemeinderatsfraktionen aus rechtlichen Gründen, daß sie jetzt dieser Verordnung nicht zustimmen können, weil sonst müßte man sich wieder befassen. Also ich fürchte mich gar nicht. Sollte es so etwas geben, werden wir uns halt noch einmal beschäftigen. Aber ich glaube das nicht. Ich habe auch bei der letzten Finanz- und Rechtsausschußsitzung vor einigen Tagen dafür plädiert, den Passus Beißkorbzwang aus der städtischen Verordnung zu streichen. Nun, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich habe heute im ORF in den Frühnachrichten gehört, daß in einer oberösterreichischen Ortschaft, in Schalchen, gestern zwei Kleinkinder von einem Hund krankenhausreif gebissen wurden. Die 2-, 3- und 5jährigen Kinder spielten unmitttelbar vor dem elterlichen Haus und wurden von dem Hund angefallen und im Gesicht schwer verletzt.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Das war ein herrenloser Hund!

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Erst nach einer Anzeige wurde der Hund von der dortigen Gen-

darmerie ausgeforscht und erschossen. Dieser aktuelle Anlaßfall ist für mich mehr ein Grund, daß der Passus Leinenzwang in Verbindung mit Beißkorbzwang in der städtischen Verordnung vor allem für die Sicherheit und Gesundheit der Kinder notwendig ist. Selbst dann, wenn damit nur ein Kind unserer Stadt verschont bleibt, daß ein Kind einer Verunstaltung oder Verletzung entgeht. Daher werde ich der beantragten Verordnung zustimmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke. Ich möchte mich ebenfalls an der Diskussion beteiligen und darf Kollegen Leithenmayr bitten, den Vorsitz zu übernehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEIT-
THENMAYR:
Ich übernehme den Vorsitz und erteile Herrn Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte ganz kurz auch auf die Geschichte eingehen, warum diese Veränderung eingetreten ist. Wir haben diesen Beschluß gefaßt, einvernehmlich gefaßt, und aufgrund dieses Beschlusses sind vehemente Einwände seitens des Tierschutzvereines gekommen. Das war der Grund, daß wir und ich gesagt haben, wir reden über diese Problematik noch einmal. Der Grund der Einwände war der, daß viele Tierfreunde, Hundefreunde, in erster Linie solche, die Hunde in dieser Größe haben, gesagt haben, das mag ja in der Regel auch stimmen, daß sie völlig ungefährlich sind und daß sie einen Zwang des Beißkorbes als Tierquälerei betrachten. Wir haben gesagt, wir wollen auf gar keinen Fall eine Tierquälerei, wir

wollen die Sicherheit haben, daß nichts passiert. Wir haben dann mehrfach Gespräche mit dem Landestierschutzverein gehabt und sind dann zur Abänderung in dieser Form gekommen. Natürlich ist so eine Verordnung sehr schwer vollziehbar. Ich betrachte aber das nicht als einen Auftrag an die Exekutive, sondern ich betrachte diese Verordnung als einen Auftrag an die Hundebesitzer. Jeder von Ihnen hat das schon erlebt, das stimmt ja nicht, daß der Hundebesitzer das nicht zugibt. Wenn ich mit meinen Buben spazieren gehe und wir kommen bei einem Tier vorbei, so ist das nicht selten der Fall, daß der Besitzer des Tieres sagt, bitte schön lassen Sie die Kinder nicht zu dem Tier, weil Kinder beißt er unter Umständen. Das ist nicht selten. Das kommt des öfteren vor. So ein Besitzer wird künftighin natürlich seinem Hund einen Beißkorb verpassen müssen, damit nichts passieren kann, weil das ist ja nicht hintanzuhalten. Ich darf sagen, mein Sohn ist selbst betroffen gewesen. Als Hauptstück dieser Verordnung betrachte ich ja den Leinenzwang, daß das Tier an der Leine geführt wird. Mein Sohn ist, als er noch ein kleines Kind war, so gebissen worden, daß er im Krankenhaus war. Das war ein Hund des Nachbarhauses und es passierte beim Spielen im Hof. Wenn diese Verordnung in Kraft gewesen wäre, und sich die Besitzer an diese Verordnung gehalten hätten, hätte das nicht passieren können. Es ist also ein Hinweis an die Besitzer, ihre Obsorgepflicht für das Tier nicht zu vernachlässigen. Gesetzlich dürfte er das sowieso nicht tun, aber diese Verordnung ist eine Untermauerung der gesetzlichen Bestimmungen. So ist das

gedacht und das soll dazu führen, daß solche Dinge, wie Kollege Tremml sie jetzt angeführt hat, künftighin vermieden werden können.

Ich bitte Sie um die Zustimmung.

Ich glaube nicht, daß diese Verordnung aus diesen Gründen abgeändert wird oder daß sie uns noch einmal vorgelegt wird. In der Vorbegutachtung wurde sie gutgeheißen. Die Textierung ist auch mit dem Landestierschutzverein abgesprochen und die Zustimmung von dort liegt auch vor.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Ich darf fragen, ob noch jemand das Wort wünscht? Das ist nicht mehr der Fall. Wünscht der Referent ein Schlußwort? Bitte.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Werte Damen und Herren, in der Mehrzahl haben die Hundebesitzer durchaus vernünftig darauf reagiert. Eine kleine Minderheit hat sehr emotionell und sehr aggressiv und jenseits jeder guten Erziehung sich manches Mal geäußert. Eine Dame - ob sie eine war, weiß ich nicht, ich zweifle eher daran - hat mir erklärt, nachdem sie mich angerufen hat und ich ihr die Gründe dargelegt habe, warum es zum Beißkorbzwang kommen soll, und zwar anhand eines Vorfalles, der damals unmittelbar vor diesem Beschluß stattgefunden hat, wo fünf Kinder und ein Erwachsener von einem Hund gebissen wurden, erstens einmal sei das sowieso nichts und zweitens sei eine Tollwutimpfung - es war ja ursprünglich nicht bekannt, ob der Hund nicht tollwütig sei - sowieso etwas Nebensächliches, was ohne Schmerzen vor sich geht. Ich habe mich nicht nur aus diesem Grund, sondern schon vorher bei

meinem Hausarzt erkundigt, inwieweit solche Dinge stimmen. Er hat mir nicht unbedingt empfohlen, mich von einem tollwütigen Tier beißen zu lassen. Da, meine Damen und Herren, sollte bei allen Einwänden und auch bei allem Verständnis für den Hundebesitzer auch das Verständnis für den Menschen vorhanden sein. Das scheint mir bei manchen unserer Zeitgenossen etwas abhanden gekommen zu sein. Und um das geht es doch in Wirklichkeit. Ich bekomme genügend Anrufe und Hinweise in Gesprächen, die ohne mein Zutun zustandekommen, wo mir manche Mitbürger zurecht erklären, daß sie sich vor Hunden fürchten, vor allem dann, wenn sie eine entsprechende Größe und ein entsprechendes Aussehen haben. Denn der Mensch kann nicht jederzeit erkennen, ob sich das Tier mit dem Menschen unterhalten will, oder ob er nicht tatsächlich zuschnappt. Man kann bei allem etwas Komisches finden und das ist durchaus legitim. Aber eines sollten wir dabei nicht vergessen. Es ist nicht aus reiner Freude geschehen. Es ist ein echtes Anliegen unserer Bevölkerung. Es ist auch unser Anliegen, was dabei von manchen nicht sehr verantwortungsvollen Hundebesitzern heute gemacht wird. Es muß auch bitte unser Anliegen sein, nicht nur aus Interessen, die einmal der oder jener lautstark äußert mit einem Seitenblick, ob man daraus Kapital schlagen könnte, und man sollte hier doch eine sehr klare Vorgangsweise einhalten. Ich bitte Sie, dieser Verordnung in der vorliegenden Form die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der

Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegen diese Verordnung? Stimmenthaltung? Die Verordnung ist mit Mehrheit beschlossen. (7 Enthaltungen: 5 ÖVP, 1 FPÖ, 1 GAL).

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Mein zweiter Antrag bezieht sich auf die Einführung eines Spalttarifes bei der Mülldeponie der Stadt Steyr. Wir haben bisher einen Einheitstarif gehabt und mußten feststellen, daß, obwohl von privater Seite eine Sortieranlage für Sperrmüll errichtet wurde. Speziell Gewerbetreibende ihren Müll unsortiert auf die Mülldeponie verbringen und der dort gelagert wird, obwohl sich viele Bestandteile, die wiederverwertbar sind, in diesem Müll befinden. Weil es offenbar etwas weniger zeitaufwendig ist, weil es vor allem etwas bequemer ist. Es war beispielsweise vergangene Woche über meine Anregung eine Besichtigung der Mülldeponie durch Landesrat Reichl und Pühringer, im Beisein der Bürgermeister und meiner Person, wo man augenscheinlich feststellen konnte, wie sehr dort mancher durchaus wiederverwertbare Müll von Wirtschaftstreibenden - auch von Privaten, ich schließe das gar nicht aus - dorthin verbracht wird, obwohl dieser Müll zumindest in großem Ausmaß reduzierbar wäre, aber weil es halt möglich und leicht ist, diesen Müll dort auf diese Art zu entsorgen, geschieht das. Das hat uns veranlaßt, einen Spalttarif einzuführen, der von den bisherigen S 400,- exkl. MWSt. auf S 700,- exkl. MWSt. angehoben werden soll. Die privaten Entsorger sind ja an und für sich durch unsere Verordnung veranlaßt, ihren Sperrmüll und lagerbaren Müll auf der Deponie zu verbringen,

das will man durch den Tarif erzwingen. Ich darf Ihnen versichern, daß gerade die letzten Vorgänge und die Erfolge, die wir im vergangenen Jahr bei der Mülltrennung und Müllreduzierung verzeichnen konnten, uns auf diesem Gebiet eher veranlassen sollten, wenn auch über den Umweg von höheren Preisen, daß wir dem Rechnungstragen sollten, um das Verständnis für manche unserer notwendigen Anliegen auch entsprechend zu untermauern.

Ich stelle daher den Antrag, diesen Spalttarif von - wie schon erwähnt - S 400,- für Sperrmüll, der über die Sortieranlage laufen kann, für Sperrmüll der nicht über die Sortieranlage laufen kann und die vor allem von fremder Seite oft herbeigebracht wird, auf S 700,- anzuheben.

- 16) GemVIII-3922/89
Mülldeponie der Stadt Steyr; Änderung der Tarifordnung - Einführung eines Spalttarifes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 30. 1. 1990 wird der beigeschlossenen Verordnung auf Änderung der Tarifordnung für die Mülldeponie der Stadt Steyr zugestimmt.

Die Kundmachung hat durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen und tritt mit dem Tag des Anschlages der Verordnung an den Amtstafeln in Kraft. Die Geltungsdauer der Tarife ist auf die Dauer eines Jahres ab Inkrafttreten der Tarifordnung befristet.

(BEILAGE).

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht jemand zu sprechen zu diesem Antrag? Das ist nicht

der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer diesem Antrag die Zustimmung gibt? Danke. Gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig so beschlossen.

Ich danke Kollegen Pimsl. Anstelle des Kollegen Sablik bitte ich die Frau Stadtrat Ehrenhuber.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER anstelle des abwesenden Stadtrates Erich Sablik:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

In Vertretung des Kollegen Sablik darf ich Ihnen 4 Anträge zur Beschlußfassung vorlegen.

Im ersten Antrag ersuche ich Sie um Ihre Zustimmung, dem Verein Heimhilfe und Hauskrankenpflege zur Unterstützung seiner Tätigkeit eine außerordentliche Subvention zu gewähren. Der Antrag lautet:

- 17) Ha-7614/89
Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege - Jahressubvention 1990.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 18. 1. 1990 wird dem Verein "Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege" für die Finanzierung der vom Verein durchgeführten Tätigkeiten im Bereich der Altenbetreuung eine außerordentliche Subvention in Höhe von S 300.000,- gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 300.000,-

(dreihunderttausend)

werden bei der VA-Stelle 1/42340/757000.1 freigegeben.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Sie haben diesen Antrag gehört.

Wünscht jemand das Wort zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmig beschlossen.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Beim zweiten Antrag geht es um den Ankauf eines Müllwagens als Ersatzbeschaffung für den städtischen Wirtschaftshof. Der Antrag lautet:

- 18) ÖAG-1373/90
Städt. Wi-Hof
Ankauf eines Müllwagens;
Ersatzbeschaffung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VII vom 15. 2. 1990 werden im Zusammenhang mit dem Ankauf eines Müllwagens nachstehende Aufträge vergeben:

1. Fa. Steyr-Nutzfahrzeuge AG, Leonding:
Steyr-Diesel-Lkw Type
17S18/p38/4x2, Vorführgerät
S 740.000,- o.M.
2. Fa. MUT Stockerau: MUT Müllwagenaufbau Rotopress 205/
14,0 m³, Vorführgerät
S 826.815,- o.M.
3. Fa. Elin Energieanwendung GesmbH, Linz: 1 Elin Mobilfunkgerät Type EM 850-160
S 15.032,63 o.M.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 1,582.000 (eine Million fünfhundertzweiundachtzigtausend) werden bei der VA-Stelle 5/8200/040000.9 freigegeben. Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche auch hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer für den Antrag ist? Danke. Gegenteilige Auffassungen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Der dritte Antrag betrifft die Sanierung bzw. Neugestaltung der Frauenstiege und lautet:

- 19) Bau3-5584/89
Frauenstiege - Sanierung
bzw. Neugestaltung;
Variante Sparlösung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 12. 2. 1990 werden im Zusammenhang mit der Sanierung bzw. Neugestaltung der Frauenstiege nachstehende Aufträge vergeben:

1. Baumeisterarbeiten: ARGE Kanal Steyrdorf - Fa. Beer & Janischofsky, Fa. Mayr-Bau, Steyr,
brutto S 1,020.000,--
2. Schlosserarbeiten: Städt. Wi-Hof
netto S 96.000,--.

Gleichzeitig wird für die Lieferung von Natursteinen einer Mittelfreigabe in Höhe von brutto S 86.400,- zugestimmt. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von
S 200.000,--
(zweihunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/6120/002650.9 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung in Höhe von
S 1,002.400,- (eine Million zweitausendvierhundert) bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Oskar Holub bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:
Im Rahmen eines Stadtteilgespräches Steyrdorf ist uns zugesichert worden, daß die Frauenstiege in der bisherigen Form erhalten bleibt mit dem ganzen Flair, das sie sich in 100 Jahren erworben hat. Ich habe ein wenig Skepsis wegen dieser Betonausführung, auch wenn das gestrahlt wird und mit der Zeit verwittert, daß dort nicht mehr diese Stimmung herrscht, wenn man über die Stiege hinaufgeht, wenn sie in dieser neuen Form durchgeführt wird.

Ich frage mich, ob es nicht gescheiter wäre, daß man überhaupt auf diese Sparlösung verzichtet und wirklich die Frauenstiege einfach sanieren soll im bestehenden Ausmaß und sich dabei ein paar hunderttausend Schilling spart. Grundsätzlich glauben wir, daß jahrhundertlang die Leute über diese Stiege gehen konnten, die Stufen nicht zu hoch waren und jetzt wären sie auf einmal zu hoch. Ich glaube, Leute mit Kinderwagen oder ältere Menschen werden vielleicht besser über den Gschaidenberg gehen. Ich würde plädieren, daß man sehr vorsichtig revitalisiert und saniert, nur was notwendig ist, aber daß man auf eine grundsätzliche Erneuerung der Stiege überhaupt verzichtet - auch im Hinblick auf die Kosten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Pimsl dazu.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, wenn sich Kollege Holub auf das Stadt-

teilgespräch im Steyrdorf bezieht, so muß ich ihm darauf die Antwort geben, daß das Bauamt den Entwurf der Sanierung der Frauenstiege dort der Bevölkerung vorgelegt hat. Es sind dadurch auch Diskussionen zustande gekommen, aber daß eigentlich diese Variante, die ursprünglich hätte durchgeführt werden sollen und auch jetzt durchgeführt wird - allerdings mit geringen Einsparungen - allgemeine Zustimmung gefunden hat. Gerade unter dem Aspekt des ursprünglichen Charakters der Frauenstiege ist diese Verbesserung entstanden, weil man auch eines wollte, daß man gerade im Wehrgraben den dort Verweilenden ein wenig die Möglichkeit einräumen soll, sich an der Altstadt des Wehrgrabens zu erfreuen. Natürlich kann man das machen, das ist keine Frage, aber man hat sich eigentlich dabei gedacht, den Menschen auch zum Verweilen einzuladen. Das scheint in der Wortmeldung des Kollegen Holub ein wenig unterzugehen. Ich meine, daß die vorliegende Variante, die ausgeführt wird, sehr wohl Bedacht nimmt auf Wünsche, die heute auch in unserem Bereich in den Vordergrund gestellt werden, um die Menschen, die in die Stadt kommen, die in der Stadt wohnen, ein wenig mehr die Schönheit unserer Stadt genießen zu lassen. Das sind letztlich die Argumente, daß man Plätze zum Verweilen vorgesehen hat, daß man sie auch natürlich etwas zeitgemäßer restauriert, als es vielleicht vor 100 Jahren oder nach 100 Jahren möglich ist. Ich glaube, daß die Einwände, die hier vorgebracht werden, zwar durchaus positiv zu betrachten sind, aber all diese Anliegen bereits in der Variante, die zur Ausführung gelangt, mit

berücksichtigt sind.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke Kollegen Pimsl.
Wünscht noch jemand das Wort?
Ich bitte um das Schlußwort.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:
Ich kann mich nur den Ausführungen des Kollegen Pimsl anschließen, ich weiß auch, daß verschiedene Varianten zur Diskussion gestanden sind und man sich schließlich auf diese Sparvariante geeinigt hat, nachdem ja nur an der Wandseite - glaube ich - die Ausführung mit Beton ist und alles andere ja gleich bleibt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer diesem Antrag zustimmt? Danke. Gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Der Antrag ist mit 1 Gegenstimme (GAL) angenommen.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:
Beim letzten Antrag geht es um den Neubau der Schloßstiege, und zwar um die Mittelfreigabe. Der Antrag lautet:

20) Bau4-5240/85
Neubau der Schloßstiege;
Mittelfreigabe für 1990.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Mit Beschluß des Gemeinderates vom 23. 11. 1989 wurde der Auftrag zum Neubau der Schloßstiege an die ARGE Hamberger - Negrelli Steyr zum Preise von S 1,248.478,20 inkl. USt. übertragen.
Für das Rechnungsjahr 1989 wurden zur Begleichung von Teil-, Regie- und Mehrwertsteuerabschlagsrechnungen Mittel in Höhe von S 537.742,20 freigegeben.
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 19. 2. 1990 wird

nunmehr zur Begleichung der 3. Teilrechnung sowie der Schlußrechnung der Mittelfreigabe in Höhe von S 700.000,- zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 700.000,--

(siebenhunderttausend)

werden bei der VA-Stelle 5/6160/002800.6 freigegeben. Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Dagegen? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke Kollegin Ehrenhuber für ihre Vorträge. Nächster Berichterstatter ist Kollege Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Bei meinem ersten Antrag geht es um die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 58, Post- und Telegraphendirektion für Oberösterreich und Salzburg.

21) Bau2-811/89
Flächenwidmungsplanänderung Nr. 58 - Post- und Telegraphendirektion für OÖ. und Salzburg - Gleinker Hauptstraße.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 58 - Post- und Telegraphendirektion für OÖ. und Salzburg - wird entsprechend den Plänen des

Stadtbauamtes vom 2. Dezember 1988 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA XI vom 26. Februar 1990 beschlossen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu Wortmeldungen?
Kollege Spanring bitte.

GEMEINDERAT ING. DIETMAR SPANRING:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen, meine Herren des Gemeinderates!

Ich melde mich heute als einer der verantwortlichen Mandatare des Ortsteiles Gleink, um auf die Bedeutung der Dienststelle der Post- und Telegraphenverwaltung für Gleink hinzuweisen. Das Betreuungsgebiet unseres Postamtes geht weit über die Stadtgrenzen bis nach Dietach und Stadlkirchen hinaus. Von der Nachbargemeinde Dietach wurde immer wieder der Versuch gestartet, das Postamt nach Dietach zu verlegen. Im September 1985 zeigten wir in unserer Ortsteilzeitung "GIZ" unter dem Titel "Infrastruktur" die Notwendigkeit des Postamtes für unsere Bevölkerung für die in und um Gleink liegenden Unternehmen und Betriebe auf. Zum Abschluß schrieb die "GIZ": "Wir meinen, daß die Standortfrage des Gleinker Postamtes nichts im politischen Gezänke verloren hat. Klare und ehrliche Fakten und das Zusammenhalten aller Beteiligten sollte schließlich den Ausschlag geben. Das Postamt Gleink muß in Gleink bleiben.

Nun, im Herbst 1989, fiel die Entscheidung. Der Einsatz hatte sich gelohnt, die Dienststelle der Post- und Telegraphenverwaltung wird in Gleink errichtet. Ein weiterer Schritt im zukunftsorientierten Ausbau von Steyr Nord sowohl als Sied-

lungsgebiet Stein, Gleink, Resthof, als auch für Ansiedlung von Kleingewerbebetrieben. Daß bei solchen Bauvorhaben auch der Umweltgedanke nicht zu kurz kommt, wird in Gleink vorbildhaft gelebt. Mit dem Aushub der Anlage wird die ehemalige Insel im Stausee Staning unterhalb des einstigen Bootsverleihs Paulmayr wieder aktiviert und als Öko-Insel neu dargestellt. Eine weitere Einrichtung, welche in Zukunft Gleink auch als Naherholungsgebiet für die Steyrer Bevölkerung anbieten wird. Alles zusammen möchte ich daher die Notwendigkeit der Beschlußfassung des vorliegenden Antrages - Flächenwidmungsplanänderung Nr. 58, Post- und Telegraphendirektion für OÖ. und Salzburg - nochmals unterstreichen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Ich danke für diesen Beitrag. Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung? Danke. Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Einstimmig beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Im nächsten Antrag sollen die Richtlinien zur Förderung der Tierzucht in Steyr beschlossen werden. Dieser Beschluß ist im Amtsblatt der Stadt Steyr kundzumachen und tritt rückwirkend mit 1. 1. 1989 in Kraft.

22) Vet-4990/89
OÖ. Tierschutzgesetz 1983;
Förderung der künstlichen
Besamung der Rinder.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der

Magistratsdirektion vom 25. 1. 1990 werden die diesem Amtsbericht beiliegenden "Richtlinien zur Förderung der Tierzucht in Steyr" hiemit genehmigt.

Dieser Beschluß ist im Amtsblatt der Stadt Steyr kundzumachen und tritt rückwirkend mit 1. 1. 1989 in Kraft. Gleichzeitig wird in diesem Zusammenhang als Förderungsbeitrag - nachdem es keinen Stadttier gibt - für das Jahr 1990 einer Mittelfreigabe in Höhe von S 5.400,- zugestimmt. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 5.400,-

(fünftausendvierhundert)

werden bei der VA-Stelle 1/5810/768000.7 freigegeben. (BEILAGE)

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wenn Sie mit dem Antrag einverstanden sind, bitte ich zum Zeichen der Zustimmung um Handhebung? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Einstimmig so beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

In der Gemeinderatsitzung vom 21. 12. 1989 wurde dem Abschluß eines Kooperationsvertrages mit der Z-Leasing-Gemini-GesmbH über die Aufschließung und Verwertung des von dieser Gesellschaft von der Steyr-Daimler-Puch AG erworbenen Industrieareals aus der EZ 11, KG. Hinterberg, zugestimmt.

- 23) Bau3-7320/89
Bau6- 315/90
Industrieraufschließung
Hinterberg - Ergänzung
der Straßenprojektierung,
Vergabe der Kanalprojek-
tierung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In der Gemeinderatsitzung vom 21. 12. 1989 wurde dem Abschluß eines Kooperationsvertrages mit der Z-Leasing-Gemini-GesmbH über die Aufschließung und Verwertung des von dieser Gesellschaft von der Steyr-Daimler-Puch AG erworbenen Industrieareales aus der EZ 11, KG. Hinterberg, zugestimmt. Mit GR-Beschluß vom 14. 12. 1989 wurden die Straßenprojektierungsarbeiten an das Büro Dipl. Ing. Spirk, Steyr, zum Preise von S 531.600,- inkl. MWSt. vergeben. Aufgrund des Amtsberichtes der MA III namens der städtischen Kanalverwaltung vom 26. 1. 1990 wird einer Auftragerweiterung von ursprünglich S 531.600,- um S 104.400,- auf S 636.000,- inkl. MWSt. an das Büro Dipl. Ing. Spirk, Steyr, zugestimmt. Gleichzeitig wird der Vergabe der Projektierungsarbeiten für die Kanalaufschließung des betreffenden Areals an das Büro Dipl. Ing. Spirk, Steyr, in Höhe von S 200.063,78 exkl. MWSt. zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 636.000,- (sechshundertsechsdreißigtausend)

bei der VA-Stelle 5/6120/002030.4 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 201.000,-

(zweihunderteintausend)

bei der VA-Stelle 5/8110/004040.1 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:
Wünscht jemand dazu das Wort?
Das ist nicht der Fall. Wenn
Sie mit diesem Antrag einver-
standen sind, bitte ich Sie um
ein Zeichen der Zustimmung?
Danke sehr. Gegenprobe?
Stimmhaltung? Einstimmig so
beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft die
Kanalisation Fischhub-Plenkl-
berg, den Antrag auf Auf-
tragserweiterung für den Neben-
sammler 17, 18 und Mittelfrei-
gabe für 1990.

- 24) Bau6-552/88
Kanalisation Fischhub-
Plenklberg - Auftrags-
erweiterung für den NS
17, 18 und Mittelfreigabe
für 1990.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Mit Beschluß des Gemeinderates
vom 14. 4. 1988 wurden im Zu-
sammenhang mit der Errichtung
der Kanalisation Fischhub-Plen-
klberg die hiefür erforderli-
chen Aufträge an die ARGE Kanal
Fischhub-Plenklberg, Fa. Beer &
Janischofsky und Fa. Negrelli,
beide Steyr, vergeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der
MA III namens der städtischen
Kanalverwaltung vom 26. 1. 1990
wird nunmehr für die Errichtung
der NS 17, 18 einer Auftragser-
weiterung an die ARGE Kanal
Fischhub-Plenklberg zum Preise
von S 2,100.000,- exkl. MWSt.
für den Kanalbau (Teil A) und S
500.000,- inkl. MWSt. für den
Straßenbau (Teil B) zugestimmt.
Die hiefür erforderlichen Mit-
tel im Ausmaß von

S 2,100.000,- (zwei Millionen
einhunderttausend)

werden bei der VA-Stelle
5/8110/050380.3 im Ausmaß von
S 500.000,-

(fünfhunderttausend)
bei der VA-Stelle
5/6120/002760.6 freigegeben.
Infolge Dringlichkeit wird der
Magistrat der Stadt Steyr zum
sofortigen Vollzug dieses Be-
schlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme dieses An-
trages ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Wünscht dazu jemand das Wort?
Das ist nicht der Fall. Wenn
Sie mit diesem Antrag einver-
standen sind, bitte ich um ein
Zeichen mit der Hand? Danke
sehr. Gegenprobe? Stimmthal-
tung? Ebenfalls einstimmig an-
genommen.

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

Der Auftrag zur Errichtung des
Nebenkanals Gürtlerstraße wurde
an die Fa. Lumetsberger verge-
ben.

- 25) Bau6-6481/87
Kanalisation Schlüsselhof-
siedlung NK S Gürtler-
straße; Mittelfreigabe
für den 2. Bauabschnitt
(1990).

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Mit Gemeinderatsbeschluß vom
23. 11. 1989 wurde der Auftrag
zur Errichtung des NK Gürtler-
straße an die Fa. Lumetsberger,
KG Perg, zum Preise von S
2,660.068,50 exkl. MWSt. über-
tragen. Mit Beschluß des Stadt-
senates vom 21. 12. 1989 wurden
für den 1. Bauabschnitt S
401.000,- exkl. MWSt. freigege-
ben.

Aufgrund des Amtsberichtes der
MA III namens der städtischen
Kanalverwaltung vom 23. 1. 1990
wird nunmehr zur Leistung von
Teilzahlungen für den 2. Bauab-
schnitt einer Mittelfreigabe in
der Höhe von

S 2,260.000,-- (zwei Millionen zweihundertsechzigtausend) bei der VA-Stelle 5/8110/050390.2 zugestimmt. Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, der möge ein Zeichen der Zustimmung geben? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Ebenfalls einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Bereits im Jahr 1988 hat die Fa. Lumetsberger Perg den Auftrag für die Errichtung der Kanalisation Schlüsselhofsiedlung erhalten.

- 26) Bau6-6481/87
Kanalisation Schlüsselhofsiedlung, restliche Kanäle in Steyr-Ost, Mittelfreigabe für den 3. Bauabschnitt (1990).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 19. 6. 1988 wurden im Zusammenhang mit der Errichtung der Kanalisation Schlüsselhofsiedlung die Aufträge für Kanalbauarbeiten zum Preise von S 12,135.891,- exkl. MWSt., Straßenbeleuchtung zum Preise von S 268.275,- inkl. MWSt. und Straßenbauarbeiten zum Preise von S 1,926.697,50 inkl. MWSt. an die Fa. Lumetsberger KG, Perg, vergeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 25. 1. 1990 wird nunmehr zur Bezahlung von weiteren Teilrechnungen einer Mit-

telfreigabe in der Höhe von S 1,3 Millionen exkl. MWSt. (Teil A Kanalbau) und S 200.000,- inkl. MWSt. (Teil B) und D Straßenbau und Straßenbeleuchtung) zugestimmt. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 1,300.000,-- (eine Million dreihunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/8110/050390.2 und

S 200.000,--

(zweihunderttausend)

bei der Va-Stelle 5/6120/002660.8 freigegeben.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke. Wünscht jemand dazu das Wort? Das ist auch nicht der Fall. Wenn Sie mit dem Antrag einverstanden sind, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Einstimmig angenommen.

Ich danke dem Kollegen Schloßgangl für die Berichterstattung. Als nächsten Berichterstatter bitte ich Kollegen Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, wertvolle Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen heute nur einen einzigen Antrag des Stadtsenates vorzubringen, und zwar geht es um den Jahresbedarfsankauf von Sphärogußrohren und Formstücken für das Gas- und Wasserwerk. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

- 27) ÖAG-1259/90
Stadtwerke

Gas- und Wasserwerk;
Jahresbedarf an Sphäro-
gußrohren und Form-
stücken.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 8. 2. 1990 wird dem Ankauf des Jahresbedarfes an Sphärogußrohren und Formstücken bei der Fa. Kontinentale Handels-GesmbH, Wels, zum Preise von S 5,202.967,- exkl. USt. zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken der Stadt Steyr aufzubringen.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEINMAYR:

Ich darf fragen, ob jemand das Wort wünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung und ich darf fragen, wer mit dem Antrag einverstanden ist? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke dem Kollegen Steinmaßl. Nächster Referent ist Kollege Tatztreiter. Ich bitte ihn um die Berichterstattung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Ich habe Ihnen drei Anträge zur Beschlußfassung vorzubringen. Ich möchte vorweg über den ersten Antrag, den ich vorzubringen habe, ein paar persönliche Bemerkungen anbringen. In dem Zusammenhang daß ich in Steyr als jetziger Wohnungsreferent die Dinge etwas näher betrachten darf, muß ich mit aller Deutlichkeit feststellen, ich habe genau gewußt, was auf mich

zukommen wird, war mir aber über die Tragweite der Wohnungswerber nicht im klaren. Wir haben mit letztem Stand am 16. 3. 1990 etwa 2.755 Wohnungswerber, davon allein 1.700 für 2- und 3-Raumwohnungen. Daran merkt man schon, wie trist die Situation ist. Die Mitglieder aller Fraktionen im Wohnungsausschuß erkennen bei jeder Ausschusssitzung diese Problematik.

Ich darf anführen, daß es 2.375 Normalanträge gibt, das heißt die suchen normale Wohnungen, wie 1-, 2-, 3- oder 4-Raumwohnungen, und zusätzlich gibt es ca. 380 Ansuchen für Pensionistenwohnungen. Hier möchte ich persönlich anmerken, es wird in nächster Zeit sicher für uns eine große Aufgabe sein, dieser großen Problematik Herr zu werden. Ich meine damit, daß wir alle Hände voll zu tun haben werden in diesem Zusammenhang. Es ist ziemlich egal, wer die Wohnungen baut und damit bin ich schon beim Kern. Es geht in meinem ersten Antrag darum, den Finanzierungszuschuß für das Bauvorhaben "Josefsthal" seitens der Gemeinde für die Wohnungsgesellschaft der Steyr-Daimler-Puch AG zu beschließen, und für uns das Vergaberecht für diese 38 Wohnungen damit zu erkaufen. Ich darf feststellen und bitten, daß es hier nicht unbedingt die Stadtgemeinde sein muß - ganz egal wer immer Wohnungen baut - aber wir haben dafür Sorge zu tragen, daß jeder Wohnbau größtmöglichst unterstützt wird. Der Neid darf auf diesem Gebiet keine Rolle spielen. Ich meine, daß es notwendig werden wird, für dieses Bauvorhaben im Josefsthal den Finanzierungszuschuß zu gewährleisten für diese 38 Wohnungen. Es handelt sich dabei um 2- und 3-Raum-Wohnungen, konkret 20 2-Raum- und 18 3-Raum-Wohnungen,

die noch zu einer einigermaßen günstigen Miete errichtet werden. Es sind nur 5 Prozent, die wir sozusagen als Förderungsdarlehen hier einbringen müssen und 70 Prozent bringt das Land ein. Das Land ist hier mit dem Förderungsdarlehen mit drinnen, und zwar sind das 19,3 Millionen Schilling zirka. 20 Prozent davon werden aus dem Hypothekendarlehen aufgenommen, das sind etwa 5,5 Millionen Schilling und damit komme ich zu meinem Antrag.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, dabei auch zu berücksichtigen, daß es sehr wichtig ist, daß dieser Antrag positiv beschlossen wird.

28) GHJ2-1744/87

Bauvorhaben Steyr, Wehrgraben - "Josefsthal" - Finanzierungszuschuß.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Leistung eines nicht rückzahlbaren Zuschusses in Höhe von S 1,383.700,- an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Steyr-Daimler-Puch AG zur Finanzierung des Bauvorhabens "Josefsthal" auf EZ 2558 KG Steyr mit 38 Wohneinheiten wird zugestimmt. Die Auszahlung erfolgt nach Maßgabe des Baufortschrittes. Gleichzeitig wird zur Kenntnis genommen, daß der Stadt mit Leistung dieses Zuschusses das Einweisungsrecht an den errichteten Wohnungen zusteht.

Der Zuschußbetrag wird in Höhe von S 1,373.000,- bei VA-Stelle 5/4800/777010.8 freigegeben und für weitere S 13.700,- eine Kreditüberschreitung bei derselben VA-Stelle bewilligt. Die Deckung derselben erfolgt durch Darlehensaufnahme.

Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Ich darf fragen, ob zu diesem Antrag jemand das Wort wünscht? Kollege Manetsgruber bitte. Gleichzeitig übergebe ich den Vorsitz wieder unserem Bürgermeister.

GEMEINDERAT JOHANN MANETSGRUBER:

Meine Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich nehme diesen Antrag des Kollegen Tatzreiter zum Anlaß, grundsätzlich einige Bemerkungen über den Wohnungsbau in unserer Stadt zu machen.

Die sozialistische Fraktion betrachtet die Wohnung nicht als Ware, sondern als ein mit der Menschenwürde untrennbar verbundenes Kulturgut. Sie erblickt in der Förderung des sozialen Wohnungsbaues und in der Bereitstellung von Mitteln eine öffentliche Verpflichtung. Ich darf vielleicht ganz kurz eine Übersicht geben über die Wohnungssuchenden. Kollege Tatzreiter hat ja auch bereits darüber berichtet.

Ich darf vielleicht ein Jahr zurückblicken. Am 31. Jänner 1989 hatten wir in Steyr 2.226 Wohnungssuchende, Vormerkungen für Pensionistenwohnungen 358. Für Einraumwohnungen waren damals gemeldet 470, für Zweiraumwohnungen 929, für Dreiraumwohnungen 640 und für Vierraumwohnungen 187.

Und nun der Stand vom 16. 3. 1990: Da gibt es 2.375 Wohnungssuchende, davon Vormerkungen für Pensionistenwohnungen 380. Zu den Vormerkungen möchte ich bemerken, daß es nicht Wohnungssuchende in dem Sinn sind, sondern die suchen eben eine Pensionistenwohnung und haben vielleicht manch schöne Wohnung aufzugeben. Wenn ich diese Ziffern nun sinngemäß auf das Vor-

jahr übertrage, das heißt, dann haben wir für Einraumwohnungen 501 Vorgemerkte, für Zweiraumwohnungen 990, für Dreiraumwohnungen 684 und für Vierraumwohnungen 200. Diese Wohnungsbedarfsaufstellung zeigt einen eindeutigen Trend zu Zweiraumwohnungen sowie einen unveränderten Bedarf an Pensionistenwohnungen. Wir müssen daher auf diese Ziffern bei der zukünftigen Planung der Wohnbauten Bedacht nehmen.

Wenn ich nun vielleicht ganz kurz erwähnen darf, von den Wohnungssuchenden waren am 31. Jänner 1989 1.127 Personen ledig, 566 verheiratet und 327 geschieden und 206 verwitwet. Wenn ich nun diese Ziffern ebenfalls per 16. 3. 1990 hochrechne, so sind von den 2.375 Wohnungssuchenden 1.202 ledig, 603 verheiratet, 349 geschieden und 221 verwitwet. Das sind Zahlen, die sicher dort und da um einige wenige Prozente abweichen. Alle, die im Wohnungsausschuß tätig sind wissen, da ist auch die steigende Zahl der Scheidungsfälle zu berücksichtigen.

Nun ganz kurz zu den Wohnungen, die gegenwärtig in Steyr gebaut werden. Ich darf vielleicht mit dem Pensionistenheim auf der Ennsleite beginnen. Es wurden die Baukosten mit rund 28 Millionen veranschlagt. Der Baubeginn war bereits 1989 und die Fertigstellung dieser 50 Wohnungseinheiten ist für 1991 geplant. Im 1. bis 3. Obergeschoß sollen insgesamt 27 Zweiraumwohnungen inklusive Loggia mit einer Wohnfläche von 44 - 50 m² sowie 12 Einraumwohnungen inklusive Loggia mit einer Wohnfläche von ca. 40 m² errichtet werden. Im Erdgeschoß ist eine Hausmeisterwohnung sowie 8 Zweiraumwohnungen inklusive Loggia vorgesehen. Bei den im Erdgeschoß vorgesehenen Wohnun-

gen wird eine Zweiraumwohnung und zwei Einraumwohnungen behindertengerecht ausgestattet. Im Untergeschoß sind die einzelnen Kellerräume sowie Schutzräume, Wasch- und Trockenräume. Weiters ist ein Fahrradabstellraum und Pkw-Abstellflächen vorgesehen.

Dann zum zweiten Bauvorhaben der GWG im Resthof mit Fertigstellungstermin 1991. Dort werden rund 60 Wohneinheiten errichtet. Bezugnehmend auf den vorliegenden Antrag - Kollege Tatzreiter hat schon darüber gesprochen - möchte ich noch einiges dazusagen. Beim Bauvorhaben "Josefsthal" wird der Baubeginn heuer noch beginnen. Die Fertigstellung dieser 38 Wohnungen ist für 1991 vorgesehen. Laut vorliegendem Amtsbericht wird der gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Steyr-Daimler-Puch AG ein nicht rückzahlbarer Zuschuß in der Höhe von S 1,383.700.- zur Finanzierung des Bauvorhabens "Josefsthal" gewährt. Für diese 38 Wohneinheiten hat die Stadt das Einweisungsrecht. Der durchschnittliche Zuschuß beträgt daher S 36.424,- Schilling.

Außerdem hat die Wohnungsgenossenschaft der Steyr-Daimler-Puch vor, das Ledigenheim aus bzw. umzubauen. Der Baubeginn ist ebenfalls 1990/91 vorgesehen, mit der Fertigstellung der rund 60 Wohneinheiten ist 1992 zu rechnen.

Im Wehrgraben hat die Styria ein Bauansuchen an die Stadtgemeinde gestellt. Der Baubeginn der geplanten 36 Wohnungseinheiten ist für 1993/94 geplant. Laut Amtsbericht vom 30. November 1989 hat die Gemeinnützige Wohn- und Siedlungsgenossenschaft Styria um einen Kostenzuschuß zum Grundankauf der Liegenschaft, deren Inhaber die Bürstenfabrik Mayr ist, im

Wehrgraben zwischen Wehrwasser und Wehrgrabengasse angesucht. Laut vorerwähntem Amtsbericht leistet die Stadt einen Kostenzuschuß in der Höhe von S 1.260.000.-. Dafür erhält die Stadt für 18 Wohneinheiten das Einweisungsrecht. Das heißt allerdings, daß der Zuschuß pro Wohneinheit S 70.000.- beträgt. Wenn wir den Vergleich mit den Steyr-Werken anstellen, dann ist der Zuschuß bei den Steyr-Werkswohnungen S 36.000.- und bei der Styria S 70.000.-. Ebenfalls versucht heuer noch die Erste Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft, 15 Wohneinheiten zu errichten. Beim Amt der Oö. Landesregierung ist für ein Pensionistenheim am Tabor in der Industriestraße - Bauherr soll die GWG sein - ein Bauvorhaben eingereicht mit 24 Wohnungseinheiten, die Baukosten sollen 12 Millionen betragen. Zweitens ist noch ein Wohnhaus in der Resthofstraße 16 in Planung, Bauherr ist die Stadt Steyr. Die Baukosten werden etwa 18 Millionen bei 39 geplanten Wohneinheiten betragen. Für die zwei letztgenannten Bauvorhaben wurden diese Projekte beim Land eingereicht und eine Fühlungnahme wurde bereits vorgenommen. Sobald die Förderungszusagen des Landes vorliegen, wird damit vielleicht noch 1990 begonnen werden.

Wenn ich nun eine kurze Zusammenstellung bringen darf. Ich weiß schon, daß die Ziffern gar nicht so interessant sind, aber es ist für uns als Steyrer von Bedeutung. Wenn ich heute die Fertigstellungstermine zwischen 1990 und 1992 hernehme, so baut die Erste Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft heuer 15 Wohneinheiten, das Pensionistenheim auf der Ennsleite umfaßt 50 Wohneinheiten, das GWG-Haus Resthof 60 Wohneinheiten

und das Bauvorhaben der Steyr-Daimler-Puch AG 38 Wohneinheiten. Das heißt, daß 163 Wohnungseinheiten errichtet werden sollen. Wenn ich nun den Ausbau des Ledigenheimes mit 60 Wohneinheiten dazurechne, bei positiver Förderungszusage auch das Pensionistenheim Tabor mit 24 und das Wohnhaus Resthofstraße 16 mit 39 Wohneinheiten, so haben wir in den nächsten 2 bis 3 Jahren 286 Neubauwohnungen zur Verfügung. Wenn ich noch die 36 Wohnungseinheiten der Styria hinzurechne, so kommen wir auf die beachtliche Zahl von 322 Wohnungseinheiten. Wenn wir heute die Umwelt betrachten, dann wissen wir, daß wir in der westlichen Welt rund 20 Millionen Arbeitslose oder mehr haben. Das Gespenst der Zweidrittelgesellschaft geht um. In vielen westlichen Demokratien bekommt man mit einem demagogischen und höchst einfachen Programm ein beachtliches Maß an Zustimmung. Der Stärkere soll sich durchsetzen. Das sind so einige Programmpunkte. Sozialpolitik ist leistungshemmend, teuer und muß reduziert werden, Minderheiten gehören ausgegrenzt. Weniger Staat erhöht die Freiheit der Einzelnen, die einzige wesentliche Funktion des Staates heißt "Law and Order" (Recht und Ordnung). Dieses einfache Konzept ist in etlichen Staaten mehrheitsfähig geworden. Wer davon abweicht, tut dies aus humanen, sozialistischen oder ähnlichen Gründen. Anderswo mag der Trend zum Abbau sozialer Verantwortung vielleicht schon im Abklingen sein. Dieser Zeitgeist in seiner Schärfe hat uns Gott sei Dank noch nicht erreicht. Die sozialistische Fraktion im Gemeinderat hat in der Vergangenheit bewiesen, daß sie alles, soweit die Möglichkeit vorhanden war, getan hat, um den Woh-

nungssuchenden zu helfen. Nach wie vor hat der soziale Wohnungsbau Vorrang. Bei der Schaffung neuen Wohnraumes ist auf die Finanzierbarkeit der Wohnungen größtes Augenmerk zu legen. Auch der Eigenheimbau ist - soweit es die Grundreserven zulassen - weiter zu unterstützen, um eine Abwanderung in die Umlandgemeinden zu verhindern. Wir werden daher auch in Zukunft alles unternehmen, um den Wohnungssuchenden in unserer Stadt zu helfen und unsere Unterstützung angedeihen zu lassen.

Ich darf aber auch in diesem Zusammenhang allen anderen Fraktionen für die gute Zusammenarbeit im Wohnungsausschuß Dank sagen. Denn die Beschlüsse bzw. Wohnungsvergaben wurden alle fast einstimmig beschlossen. Das zeigt von der guten und gedeihlichen Zusammenarbeit zum Wohle der Bevölkerung in der Stadt Steyr.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke Kollegen Mentsgruber für seinen Beitrag. Kollege Holub bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:
Grundsätzlich begrüßen wir seitens der GAL das, was den sozialen Wohnbau in Steyr betrifft. Wir glauben aber doch, daß verstärkt eine Nutzung bzw. Förderung der Altbau-Wohnpotentiale notwendig ist. Vor allem im Gebiet Steyrdorf und Innere Stadt.

Zu den angesprochenen Projekten habe ich zwei Fragen. Und zwar, werden die Projekte der GWG und der Styria im Wehrgraben vor Baubeginn in Form von Plänen, Skizzen bzw. in Form eines Modells der Öffentlichkeit vorgestellt? Zweitens, ist vorgesehen bzw. finden Sie es nicht auch notwendig, Bauvorhaben, wie diese in dem sehr sensiblen

Altstadtbereich, dem Gestaltungsbeirat vorzulegen?

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich möchte den grundsätzlichen Auffassungen und der Haltung der Sprecher der sozialistischen Partei, Kollegen Tatzreiter und Manetsgruber, zu den Wohnungsproblemen voll zustimmen. Ich glaube auch, wir haben im letzten gemeinderätlichen Wohnungsausschuß darüber beraten, daß diese wichtige Frage neben der Arbeitsplatzsicherung auch in der Zukunft hier im Rathaus eine große Rolle spielt. Ich bin persönlich der Auffassung, daß das Wohnungs- und Wohnbauproblem einmal auf eine Tagesordnung des Gemeinderates gestellt wird und wir grundsätzlich diese Frage behandeln. Wenn man heute sagt, die Wohnung ist ein Menschenrecht, so glaube ich, ist das auch eine Verpflichtung für uns als Gemeinderäte, alle Schritte zu unternehmen, daß dieses Menschenrecht auch erfüllt wird. Beide Kollegen haben in ihrer Aussage die prekäre Wohnungssituation mit den erwähnten Ziffern aufgezeigt und sehr deutlich untermauert, dem ich nichts hinzuzufügen habe. Wenn wir Mitte März dieses Jahres über 2.755 Wohnungswerber haben, dann steht dem gegenüber ein nun bekanntgegebener 4-Jahres-Plan, den Kollege Manetsgruber uns jetzt unterbreitet hat - 286 Neubauwohnungen bzw. 322. Aufgeteilt auf die Jahre kann man sich ausrechnen, wann wir dieses Menschenrecht auf Wohnen erfüllen werden. Ich glaube, die meisten

Kolleginnen und Kollegen können sich erinnern, daß ich im Zusammenhang mit der Budgeterstellung 1990 - also Mitte Dezember - die Förderung des Wohnbaues kritisiert habe. In unserem Budget für 1990 sind ganze 3 Millionen Schilling vorgesehen. Das ist die gleich hohe Zahl wie im Jahre 1989. Im Jahr 1989 wurden jedoch nur ganze 100.000 Schilling aufgewendet, nicht einmal die 3 Millionen. Daher glaube ich, mit Recht sagen zu können, daß die Forderung berechtigt ist, die Wohnbauförderung oder den Wohnbauförderungsbetrag höher im Budget anzusetzen - ich verlangte damals bei Gesprächen mit dem Finanzreferenten Wippersberger, zumindest auf 6 Millionen zu erhöhen. Das ist nicht viel, aber es hätte zumindestens beigetragen, schneller dieses leidliche Problem anzupacken. Wenn man nun den Antrag stellt zur Förderung von Wohnbautätigkeiten gemeinnütziger Wohnungsgenossenschaften, ob Steyr-Werke oder Styria, konkret ist ja der Antrag, 1,3 Millionen für die Steyr-Werke freizugeben und wir haben, glaube ich, in der letzten oder vorletzten Sitzung eine Förderungssumme von 1,3 Millionen Schilling für den Wohnbau im Wehrgraben der Styria bereitgestellt. Somit stehen uns nur mehr laut Budget 1990 S 500.000,- für weitere Förderungsmaßnahmen zur Verfügung. Ich glaube, die Verländerung der Wohnbauförderung brachte nicht nur für Steyr, sondern allgemein eine gravierende Veränderung beim Einsatz der Finanzmittel.

Die KPÖ war und ist daher für eine stärkere und gezielte Förderung beim sozialen Wohnbau, für Maßnahmen, um den Wohnbau aus den Fesseln der Banken zu befreien und für eine wirksame

Wohnbeihilfe für alle sozial Bedürftigen, bei Einbeziehung der steigenden Betriebskosten. Dies hat auch in Zukunft eine große Bedeutung aufgrund der europäischen Situation, besonders auch in Westeuropa, der Zweidrittelgesellschaft. Dem möchte ich nichts hinzufügen, wie es Kollege Manetsgruber hier ausführte.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke Kollegen Tremml.
Wünscht noch jemand zu sprechen? Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Es wäre zu verlockend, auf das einzugehen, was Kollege Manetsgruber - er hat sich wahrscheinlich geirrt - vom Gespenst der Zweidrittelmehrheit gesagt hat. Aber das Thema ist zu ernst, um daraus Kapital zu schlagen, politisches Kapital zu schlagen. Der spaßige Einwand sei mir erlaubt, Du hast Dich sicherlich geirrt, was das Gespenst der Zweidrittelmehrheit betrifft. Aber wie gesagt, es geht mir eher darum, auf den Antrag selbst einzugehen. Ich darf vorausschicken, daß selbstverständlich die freiheitliche Gemeinderatsfraktion diesem Antrag positiv gegenübersteht, in Anbetracht der wirklich prekären Situation am Wohnungsmarkt - das wurde bereits von meinen Vorrednern sehr deutlich und sehr ausführlich betont. Ich glaube auch, daß einmal Anlaß sein sollte, das Wohnungsproblem auf einem eigenen Tagesordnungspunkt einer Gemeinderatsitzung zu behandeln. Dazu gehört sicherlich auch das Thema der Förderungsmaßnahmen, das ja an und für sich das wichtigste überhaupt ist. Be-

kanntlich wurden ja Förderungsmittel nicht zuletzt deshalb zurückgehalten vom Land, weil aufgrund von Finanzausgleichsverhandlungen der Herr Landeshauptmann Ratzenböck bereits vor einigen Jahren auf Millionen zugunsten der großen Koalition verzichtet hat. Das fällt uns jetzt sicherlich auf den Kopf, das habe ich bereits im Rahmen von Budgetgesprächen und Debatten zum Ausdruck gebracht. Dazu gehören sicherlich auch die Vergaberichtlinien für Wohnungen und auch die Möglichkeit des Mietkaufes. Was mir auch deshalb so wichtig erscheint, weil das auch wiederum mit dem Kapital zu tun hat, das dann den Wohnbauträgern in vermehrtem Ausmaß zur Verfügung stehen würde. Wie gesagt, ich möchte gar nicht näher auf einzelne Punkte eingehen und darf nochmals bekunden, daß wir von der freiheitlichen Fraktion diesem Antrag die Zustimmung geben werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ: Danke. Noch eine Wortmeldung? Keine. Ich darf kurz eine Erklärung in dieser Richtung abgeben.

Wir haben derzeit sehr intensive Gespräche mit Herrn Landesrat Habringer, die sehr weit fortgeschritten sind und wir sind gemeinsam bemüht, Herr Landesrat Habringer aber auch wir, Mieten gerade bei den Pensionistenwohnungen und bei diesem für sozial Schwache gedachten Haus in der Resthofstraße, zustande zu bringen, die tatsächlich auch von diesem Personenkreis geleistet werden können. Es wird - ich darf das ankündigen - notwendig sein, daß wir als Stadt Steyr bereit sind, einen gewissen Beitrag zur Erreichung dieses Zinses auch zu leisten in Form eines Zinsenzuschusses, beispiels-

weise bei Kreditaufnahmen. Ein konkretes Modell wird derzeit ausgearbeitet.

Ich darf aber sagen, daß wir auch in der Vergangenheit schon in dieser Richtung Zuschüsse gewährt haben. Ich darf daran erinnern, daß wir bei den Pensionistenwohnungen die Eigenmittel - nicht bei allen, aber bei einem Großteil der Pensionistenwohnungen - den Eigenmitteleinsatz der Mieter übernommen haben, daß wir Teilkosten für die soziale Betreuung im letzten Pensionistenwohnhaus der WAG in Münichholz übernommen haben. Daß wir bei Grundkosten versuchen, sehr günstige Gestaltungsmöglichkeiten seitens der Stadt zu finden und ich glaube, daß auch beim letzten Haus in der Resthofstraße, das errichtet wurde, - das ehemalige Arbeiterhaus der Fa. Zwettler, das angekauft wurde - auch bei der Mietengestaltung die Stadt nicht unwesentlich beigetragen hat, daß dort vernünftige Mieten zustande gekommen sind. Das möchte ich als Erklärung zu dieser Problematik sagen. Wir sind uns bewußt, daß gerade dem Problem des sozialen Wohnbaues und überhaupt des Wohnbaues in Steyr besonderes Augenmerk zu schenken sein wird, wenn wir erreichen wollen, daß die Zahl der Wohnungssuchenden zumindest nicht mehr steigen soll. Das sollte unser Ziel sein. Die Aussichten, die jetzt sind auf Förderungen, geben uns die Hoffnung, daß wir dieses Ziel auch erreichen. Ich darf sagen, daß gerade durch den Bau von Pensionistenwohnungen ja ein gewisser Multiplikationseffekt auch ist, weil in der Regel bei der Zuweisung einer Pensionistenwohnung eine Wohnung in irgend einem Stadtteil von Steyr frei wird. Von irgend einer Gesellschaft, Genossenschaft oder

unter Umständen auch privat. Wenn wir z. B. 50 Pensionistenwohnungen vergeben können, werden 50 Wohnungen in Steyr frei, so daß praktisch 100 Wohnungsfälle damit erledigt werden können. Das wollte ich noch dazu sagen, daß diese Politik richtig ist und die Pensionistenwohnungen überaus gut angekommen sind. Das zeigt ja die große Nachfrage. Soweit meine kurze Erklärung dazu. Ich bitte den Berichterstatter um das Schlußwort.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Wir haben das sehr drastisch dargestellt, aber leider ist das wirklich so und wir können es nicht anders darstellen. Ich glaube aber, daß aus heutiger Sicht - der Herr Bürgermeister hat das angesprochen - eine Hoffnung besteht, daß wir in den nächsten 2 bis 3 Jahren doch eine Verminderung der Wohnungssuchenden erfahren werden. Um nicht andererseits Gefahr zu laufen, daß uns die Leute abwandern, das ist nämlich das Zweite. Wir erwarten eine Verminderung um etwa 200 bis 300 Wohnungssuchende, weil zumindest aus heutiger Sicht zu erkennen ist, daß 200 bis 300 Wohnungen in den nächsten 2 bis 3 Jahren zu vergeben sein werden. Ich freue mich darüber, daß zumindest dieser Lichtblick zu erkennen ist und ich glaube, der Wohnungsausschuß insgesamt und die Verantwortlichen hier im Rathaus dürfen sich freuen, daß der verantwortliche und zuständige Mann im Land, Landesrat Habringer, doch dieses große Unglück hier in Steyr - wenn ich das so sagen darf - am Wohnungssektor erkannt hat. Es war sicher auch für ihn längere

Zeit eine Antastungszeit, bis er das ganze Problem durchschaut hat. Jetzt geht er aber direkt an die Probleme heran. Ich freue mich darüber, daß er diese Fixzusagen gemacht hat. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:
Im zweiten Antrag geht es um die Adaptierung des Gesundheitsamtes, und zwar um die Mittelfreigabe für diverse Arbeiten.
Der Antrag lautet:

- 29) Bau5-7503/89
Adaptierung Gesundheitsamt - Vergabe diverser Arbeiten; Mittelfreigabe.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 29. 1. 1990 werden im Zusammenhang mit den erforderlichen Adaptierungsarbeiten für das Gesundheitsamt nachstehende Aufträge vergeben:
1. Elektroinstallationsarbeiten: Fa. Elektro Berger, Steyr, zum Preise von S 176.491,20
 2. Sanitärinstallationsarbeiten: Fa. Kriszan GesmbH, Steyr, zum Preise von S 119.025,60
 3. Tischlerarbeiten: Fa. Hackl, Steyr, zum Preise von S 81.012,--
 4. Fliesenlegerarbeiten: Fa. Oberlininger, Steyr, zum Preise von S 47.802,--
 5. Erforderliche Bauleistungen: Städt. Wi-Hof zum einem Pauschalpreis von S 147.000,--.
- Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 500.000,--

(fünfhunderttausend)
bei der Va-Stelle
5/0290/010500.3 freigegeben so-
wie eine Kreditüberschreitung
im Ausmaß von
einhunderttausend) S 100.000,--

bei der gleichen VA-Stelle be-
willigt.

Die Deckung dieser Kreditüber-
schreitung hat durch Darlehens-
aufnahme zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der
Magistrat der Stadt Steyr gem.
§ 44 Abs. 5 des Statutes für
die Stadt Steyr zum sofortigen
Vollzug dieses Beschlusses er-
mächtigt

Ich darf um Annahme dieses An-
trages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu eine Wortmeldung?
Das ist nicht der Fall. Wer ist
für den Antrag? Gegenstimmen?
Stimmenthaltung? Der Antrag ist
so beschlossen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:
Im letzten Antrag geht es um
den Verkauf eines Teilstückes
der Parzelle 1967, KG. Steyr,
öffentliches Gut, an die Ehe-
gatten Albert und Hannelore
Burgstaller, Steyr, Feldstraße
8. Der Antrag lautet:

30) ÖAG-6091/81
Verkauf eines Teilstückes
der Parzelle 1967, KG.
Steyr, öffentliches Gut,
an die Ehegatten Albert
und Hannelore Burgstaller,
Steyr, Feldstraße 8.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes wird
dem Verkauf einer Teilfläche im
Ausmaß von rund 95 m² aus dem
öffentlichen Gut, Grundstück
1967, KG Steyr, zum Kaufpreis
von S 300,- je m² an die
Ehegatten Albert und Hannelore
Burgstaller, 4400 Steyr,

Feldstraße 8, zugestimmt. Die
Kosten der Vermessung und
Vertragserrichtung sowie der
grundbücherlichen Durchführung
sind von den Käufern zu tragen.

Auch hier bitte ich um Zustim-
mung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Wünscht jemand zu spre-
chen? Gibt es Gegenstimmen?
Enthaltungen? Der Antrag ist
einstimmig beschlossen.

Ich danke Kollegen Tatzreiter
für die Berichte. Damit sind
wir am Ende der Tagesordnungs-
punkte angelangt. Wir kommen
zur Aktuellen Stunde und ich
frage die SPÖ, ob ein Beitrag
gewünscht wird? Kein Beitrag.
ÖVP? Kein Beitrag. GAL? Kein
Beitrag. KPÖ? Kein Beitrag.
FPÖ? Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Meine Damen und Herren des Ge-
meinderates, werte Herren Bür-
germeister!

Ich habe bemerkt, daß Sie ein-
verstanden sind, daß ich heute
zur Aktuellen Stunde spreche
und mich etwas länger fasse,
nachdem alle anderen Fraktionen
auf eine Wortmeldung verzichtet
haben. Ich hoffe, ich habe das
so richtig verstanden, meine Da-
men und Herren. Danke.

Aber Spaß beiseite, meine Damen
und Herren des Gemeinderates.
Ich werde mich selbstverständ-
lich, so wie immer, kurz fas-
sen. Ich kann Sie beruhigen,
ich werde mich nicht als Sit-
zungsverlängerer betätigen.

Erlauben Sie mir, daß ich als
einer der wenigen nicht Steyr-
Werke-Angehörigen in diesem
Gremium mich trotzdem mit einem
die Steyr-Werke betreffenden
Thema, welches durchaus im In-
teresse der Stadt liegen müßte,
heute im Rahmen der Aktuellen
Stunde befasse. Neben der zur
unerfreulichen Realität gewor-

denen Aufsplitterung und des Verkaufes von Teilbereichen der Steyr-Werke an ausländische Unternehmungen gibt es offensichtlich weitere unerfreuliche Begleiterscheinungen und geplante Maßnahmen. Dazu gehört auch, daß der Markenname "Steyr" vermutlich aus weiteren Produktions-Teilbereichen in nächster Zeit verschwinden wird. Das ist sehr bedauerlich. Aber dazu gehört weiters auch - jetzt komme ich zum eigentlichen Thema meines Beitrages - daß man beabsichtigt, den historischen Waffensaal vom Direktionsgebäude in eine namenlose Halle im Wälzlagerwerk zu übersiedeln. Das ist ja aus Zeitungsberichten zu entnehmen und man könnte versucht sein zu sagen, das sei Angelegenheit der Steyr-Werke. Dem ist aber sicherlich nicht so, glaube ich, denn dieser Waffensaal ist zweifellos aufgrund der historischen Gegebenheiten tatsächlich ein Stück von Steyr und darf auch nicht losgelöst vom historischen Gebäude, in dem sich dieser Waffensaal befindet, getrennt werden. Dieses Gebäude wurde bekanntlich um die Jahrhundertwende errichtet. Wie man Zeitungsmeldungen entnehmen konnte - ich habe bereits darauf hingewiesen - möchte der Arbeiterbetriebsrats-Obmann und nunmehrige Vizebürgermeister Hermann Leitner wegen dieses Waffensaales nicht noch eine Front aufmachen. Wahrscheinlich liegen ihm die bekannten Ereignisse rund um die Steyr-Werke, die ja auch mit seiner Bestellung zum Vizebürgermeister zusammengefallen sind, noch im Magen. Trotzdem ist er aber, wie man hört, nicht glücklich über diese geplante Maßnahme der Verlegung des Waffensaales in das Wälzlagerwerk. Kollege Stadtrat Pimsl hat in seiner

Eigenschaft als Angestelltenbetriebsrats-Obmann bekanntgegeben, daß er alles unternehmen wird, damit der Waffensaal dort bleibt, wo er hingehört, nämlich im Hauptwerk.

Dieses Anliegen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, sollten nicht nur wir vom Gemeinderat unterstützen, sondern auch in Anbetracht des historischen Naheverhältnisses der Stadt Steyr zu den Steyr-Werken der Bürgermeister und die Stadtverwaltung entsprechend unterstützen. Daher darf ich Dich, Herr Bürgermeister Schwarz, ersuchen, unter Einbeziehung von Architekt Scheuer und nach Möglichkeit auch des Bundesdenkmalamtes alles daranzusetzen, daß dieses Stück von Steyr - vieles haben wir ja nicht mehr in dieser Richtung - am derzeitigen Standort verbleibt und auch für die Zukunft geschützt wird.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke Kollegen Eichhübl.
Für die sozialistische Fraktion
Kollege Pimsl.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:
Meine Damen und Herren, wenn hier vorgeschlagen wird, man möge seitens der Gemeinde prüfen, ob der Waffensaal nicht unter Denkmalschutz gestellt werden kann, so darf ich etwas provokant sagen, man soll nicht eine Dummheit durch eine andere ersetzen. Wir sind der Auffassung, daß der Waffensaal aus verschiedenen Gründen dort, wo er errichtet wurde, bleiben soll. Weil es aus den reinen Geltungsbedürfnissen einer Einzelperson entspringt, diesen Waffensaal im jetzigen Bereich zu demontieren, viel dabei zu ruinieren, um dort eine neue Halle zu errichten für den Waf-

fensaal - sie brauchen dort einen größeren Saal - und dann wieder neu zu adaptieren. Die ganze Übersiedlung und Restaurierung, die dann notwendig sein wird, hätte nicht mehrere hunderttausend Schilling an Kosten zur Folge, sondern mehrere Millionen nach Schätzung von Fachleuten. Wenn man offenbar bei uns in der letzten Zeit mehr diesen Dingen die Aufmerksamkeit schenkt, dann frage ich mich, warum denn überhaupt in den vergangenen Jahren wir unter sehr schweren Opfern manches hinnehmen haben müssen, um eine wirtschaftliche Sanierung dieses Unternehmens, wenn auch unter anderen Vorzeichen, wie wir es - oder wenn Sie wollen auch ich - uns vorstellen können.

Es ist dabei noch eines interessant und das werden wir sicherlich im Betrieb erledigen können, daß man sich zwar bis heute keine Gedanken gemacht hat, wo denn die Sozialräume hinkommen sollen für etwa 300 Beschäftigte, wo man vielleicht eine Kantine einrichtet, wo man Umkleidekabinen einrichtet und anderes mehr, was zu einem Betrieb dazugehört und wo auch vom Arbeitsinspektorat entsprechende Auflagen vorgeschrieben werden. Das ist nicht sehr attraktiv offenbar, aber man geht in die Presse - und das unter nicht sehr glaubwürdigen Angaben, indem man zuerst einmal ausspricht, der Waffensaal sei deswegen auch zu retten, weil das Gebäude verkauft wurde und deswegen ein sehr den Steyrern am Herzen liegendes Bauwerk damit gerettet werden könnte oder sollte. Natürlich ist es auch für die Firma und für jede Firma, die Kunden empfängt, die Kunden braucht, um ihr Produkt zu verkaufen, notwendig, sich Äußerlichkeiten zu geben, um diese Menschen

dort entsprechend zu empfangen, um mit ihnen reden zu können, Verträge abschließen zu können. Das gehört heute zu einem Wirtschaftsbetrieb mit dazu. Ob es notwendig ist, in dieser Form und vor allem mit diesen Kosten etwas einige Kilometer zu versetzen, das sei mehr als dahingestellt. Es ist wichtig, daß ich von meiner Sicht aus und auch Kollege Leithenmayr, sich sofort nach Bekanntwerden dieser Absicht - sie ist ja bis heute zumindest offiziell nicht ausgesprochen. Aber es gibt Bestrebungen, das ist unbestritten, von Seiten der Steyr-Mannlicher, das zu tun, daß wir das verhindern. Ich glaube, es müßte genügen, wenn man dem Eigentümer und dem Vorstand eindeutig klar macht, daß solch ein Unsinn nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern von allen, die im Werk arbeiten, denen etwas an diesem Werk liegt, vermieden werden muß.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke Kollegen Pimsel für seinen Beitrag. Ich möchte dazu als Bürgermeister kurz Stellung nehmen.

Ich finde es unverständlich, wenn so etwas überhaupt ins Auge gefaßt wird. Ich darf darauf hinweisen, daß wir in der vorigen Woche den Werndl-Saal im Museum unter Mitwirkung der Steyr-Mannlicher errichtet haben. Gerade diese Firma hat immer wieder betont, wie sehr die Verbundenheit mit unserer Stadt mit diesen Produkten gegeben ist. Ich habe gehört, daß in etwa von dieser Firma diese Bestrebungen im Gange ist. Mir ist das unverständlich und ich greife die heutige Diskussion gerne auf, auch meinerseits in dieser Richtung zu intervenieren. Ich kann mir nicht vorstellen, wir haben vor, daß wir im Bereich der Oldtimer-

fahrzeuge etwas tun, damit sie nicht von Steyr weg kommen und wir sollten auch alles tun - ich werde meinen Einfluß geltend machen - daß auch dieser Bereich der Produktion, der über 100jährigen Tradition dieser Waffenproduktion, nicht aus unserer Stadt verschwindet. Das darf ich sagen, das ist meine Auffassung.

Seitens der ÖVP zu diesem Problem? Kollege Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich vertrete die Auffassung, daß dieser Waffensaal für Steyr eine ungeheure Bedeutung hat punkto Fremdenverkehr. Er müßte für die Fremden geöffnet werden, damit sie jederzeit die Möglichkeit hätten zu einem Zugang. Wie der Herr Bürgermeister schon gesagt hat, bin ich auch der Meinung, daß die Waffenproduktion unbedingt in Steyr bleiben müßte.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ: In Steyr wird sie sowieso bleiben, aber sie soll dort oben bleiben.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ja, dort, auf dem Areal, wo sie ist und nicht im Wälzlagerwerk. Denn auch der Waffensaal ist ja ursächlich mit der Waffenerzeugung sehr stark zusammenhängend. Daher gehört diese Präsentation auch dorthin, wo das Waffenwerk existiert. Ich würde daher auch meinen, man sollte alles unternehmen, damit dieser Saal und auch die Waffenerzeugung dort erhalten bleiben. Ich würde aber ersuchen, alle Bestrebungen zu unternehmen, daß man diesen Saal in die allgemeinen Führungen und in die touristischen Bestrebungen mit einbindet. Damit er auch der

breiten Öffentlichkeit und vor allem den Fremden zur Besichtigung zugänglich gemacht wird. Das ist sicherlich eine Attraktion, mit der sicher nicht jede Stadt aufwarten kann.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ: Ich würde den Vorschlag machen, daß ein Schreiben konzipiert wird, das von allen Fraktionsobmännern unterfertigt wird und das dem Werk überreicht wird. Das wäre mein Vorschlag und ich glaube nicht, daß es unterschiedliche Auffassungen gibt. Kollege Oskar Holub bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Einen Satz nur dazu. Ich glaube, daß die Steyr-Werke andere Sorgen haben sollten. Ich würde es für besser finden, wenn z. B. die Zentrale von Wien nach Steyr übersiedelt würde und nicht daß ein Saal einige Kilometer weiter irgendwohin übersiedelt wird. Es gibt sicher andere Probleme auch im sozialen Bereich - da unterstütze ich die Aussagen von Stadtrat Pimsl.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ: Danke. Kollege Tremml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich habe zwar geglaubt, daß Kollege Eichhübl aufgrund der Überschreibung seines Beitrages tatsächlich über die unerfreuliche Aufsplitterung der Steyr-Werke spricht, wo er sich eigentlich hier im Rathaus sehr wenig gerührt hat oder seine Vertreter in den öffentlichen Körperschaften. Daß nämlich dieser Standort der Steyr-Werken und vor allem die Eigenständigkeit der Steyr-Daimler-Puch AG in unserer Stadt erhalten geblieben wäre.

Nun aber zur Frage selbst. Oder er hätte sich beschäftigen können mit einer Zeitungsnotiz vor einigen Tagen, wo man von einem Sozialplan und der Gründung von Stiftungen spricht. Und zwar sollen in den nächsten Jahren, man bezeichnet es mit 1990 bis 1992, hunderte Arbeiter und Angestellte abgebaut werden in den Steyr-Werken. Ich habe gesagt, das steht in der Zeitung. Damit hätte er sich beschäftigen können oder mit SKF, Wälzlagerwerk 150, und Nutzfahrzeuge AG im Hinblick auf den Vertrag vom Vorjahr 300 bis 400 Beschäftigte. Es wurde angekündigt - man muß sich auch damit auseinandersetzen - daß gekündigte Arbeiter und Angestellte maximal 3 Jahre Arbeitslosengeld bekommen, also die Differenz zu 80 Prozent des Letztbezuges. Es gibt ja verschiedene Sozialpläne und Stiftungen. Außerdem, das oberösterreichische Landesarbeitsamt - das ist nicht aus der Zeitung, sondern das habe ich eruiert - verhandelt auch mit SKF-Wälzlagerwerk über die Gründung einer Stiftung. Genau weiß ich das nicht, das können 3 oder 4 Jahre sein, wo eben 150 abgebaut werden sollen. Ich glaube, als Ergänzung sollte nicht sein, daß man den Waffensaal jetzt dorthin gibt. Ich bin auch der Auffassung, wie die meisten Kolleginnen und Kollegen, der historische Waffensaal soll dort bleiben, wo er im ersten Weltkrieg geschaffen wurde. Ing. Hambrusch will natürlich die Verlegung mit allen Mitteln durchsetzen, soweit ich das aus der Presse lesen konnte, und zwar in der letzten Steyr-Zeitung. Das war kein redaktioneller Artikel, sondern er hat selbst Stellung genommen in Form eines Leserbriefes, wo er auf jeden Fall hindeutet, daß er dies durchziehen will.

Ich bin auch der Auffassung, daß sicherlich in dieser schwierigen Zeit er andere Aufgaben hätte. Erstens einmal die Sicherung der Arbeitsplätze und er sich weniger mit Sozialplan oder mit der Gründung einer Stiftung in seinem Betrieb beschäftigen sollte, als diese historische Stätte zu verlagern. Ich bin daher in Übereinstimmung mit dem Bürgermeister, wenn er sagt, daß er im Namen der gesamten Gemeinde, im Namen aller Fraktionen interveniert und gleichzeitig auch - persönlich ist das ganz gut, wenn man einen Schuß gibt und die Presse, z. B. der Herr Schipek, wird das erfüllen - eine persönliche Aussprache des Präsidiums erfolgen sollte. Das würde sicherlich nützlich sein und auch dieser Brief, den ich selbstverständlich sehr gerne unterschreibe.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, damit ist auch dieser letzte Tagesordnungspunkt, die Akutelle Stunde, erledigt. Ich darf der Ordnung halber mitteilen, daß der Gemeinderat heute Beschlüsse des Stadtsenates im Gesamtausmaß von 327.000 Schilling zur Kenntnis genommen hat und bei den Verhandlungsgegenständen Beschlüsse über einen Betrag von 25,024.000 Schilling gefaßt wurden.

Ich danke für die Berichterstattung und die Diskussionsbeiträge.

Ende der Sitzung: 16.55 Uhr.

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MR.
Dr. Gerhard Alphasamer e. h.

Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Hermann Bachner e. h.

Oskar Holub e. h.